

# impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 3/2013

## Wahlrecht ab 16?

»Pro« und »Contra« zur Senkung des Wahlalters

## »Junge Leute sind engagiert«

Interview mit Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestags

## Keineswegs politikfern

Warum sich Jugendliche für kurzfristige Ziele einsetzen



## Jugend und Politik

Junge Menschen wollen die Welt verändern –  
abseits etablierter Parteien



## DJI THEMA

---

Interview mit Bundestagspräsident Norbert Lammert

### 04 »Nicht hinter jeder Wahlenthaltung stecken Frust und Protest«

Immer weniger junge Menschen gehen zur Wahl oder engagieren sich in Parteien. Warum sich Bundestagspräsident Norbert Lammert dennoch keine Sorgen um die Demokratie macht

Ursula Hoffmann-Lange, Martina Gille

### 07 Das veränderte Verhältnis von Jugend und Politik

Jugendliche gehen seltener zur Wahl als früher, engagieren sich aber durchaus für politische Ziele. Das stellt Parteien und die politische Bildung vor neue Herausforderungen.

Roland Roth

### 11 Weltweite Proteste – in Deutschland bleibt es (noch) ruhig

Junge, gut ausgebildete Menschen demonstrieren in vielen Teilen der Welt. Von den etablierten Parteien enttäuscht erfinden sie neue Formen des Protests, auf die die Politik reagieren muss.

»Pro« und »Contra«:  
Was spricht für oder gegen eine Senkung des Wahlalters?

Klaus Hurrelmann

### 14 Das Wahlalter sollte gesenkt werden

Das Wahlrecht ab 16 Jahren würde der Demokratie einen frischen Schub verleihen.

Stephan Eisel

### 16 Klarheit statt Willkür

Eine Senkung des Wahlalters entspräche nicht den Rechten und Pflichten von unter 18-Jährigen.

Heinz Reinders

### 18 Lernen durch Engagement

Schule soll nicht nur Bildungsanstalt sein. Sie muss auch Möglichkeiten zur politischen Beteiligung bieten.

Frank Greuel, Frank König, Alexander Leistner, Stefanie Reiter

### 21 Pädagogische Strategien zur Demokratieförderung

Demokratie kann in lokalen politischen Zusammenhängen konkret erfahren werden. Politische Teilhabeorientierung in der Lebenswelt von Jugendlichen ist hierfür ein wesentlicher Baustein.

Erich Sass

### 23 Mit dem Internet Politik gestalten

Das Internet ist für die meisten Jugendlichen ein nicht mehr wegzudenkendes Mittel der Kommunikation und Information. Auf den ersten Blick wird es für politische Aktivitäten kaum genutzt.

## DJI DOSSIER

---

Martina Gille, Ursula Hoffmann-Lange

### 27 Politische Orientierungen und politische Partizipation im EU-Vergleich

Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen interessieren sich nicht nur sehr viel stärker für Politik, sie sind auch zufriedener mit dem demokratischen System.

## DJI SPEKTRUM

---

Michael Holzmayer

### 33 Treffpunkt Facebook

Soziale Netzwerke sind bei Jugendlichen das wichtigste Kommunikationsmittel. Dass sie dadurch vereinsamen könnten, muss aber nicht befürchtet werden.

## DJI KOMPAKT

---

36 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

43 Impressum

# Liebe Leserinnen und Leser,

der Protest der Jugendlichen, so scheint es, artikuliert sich überall auf der Welt – nur in Deutschland nicht. In Spanien und Portugal geht eine gut ausgebildete Jugend gegen ökonomische Sparprogramme und die prekären Perspektiven der eigenen Generation auf die Barrikaden. Im Wohlfahrtsstaat Schweden brennen Autos in den Vororten der Hauptstadt, weil sich die jungen Einwanderinnen und Einwanderer ausgeschlossen und abgehängt fühlen. In der Türkei entwickeln sich die Kundgebungen gegen ein Bauprojekt im Zentrum Istanbuls zu Bürgerprotesten gegen eine als autoritär empfundene Politik der konservativen Regierung. Und in der arabischen Welt sind Jugendliche und junge Erwachsene die wichtigsten Träger der Bewegungen, die undemokratische Regierungen stürzen und Hoffnungen auf einen politischen Neuanfang der Region wachsen lassen. Doch in Deutschland? Hier sind Formen des Protests der jungen Generation – wenn man von einigen globalisierungskritischen Zeltlagern und einer männlich dominierten Netzpartei absieht – kaum auszumachen.

Allerdings: Eine solche Perspektive auf das Thema »Jugend und Politik« übertreibt durch ihre Zuspitzung auf doppelte Weise. Denn erstens ist die Beschreibung wegen der Auswahl der Beispiele willkürlich, weil es neben Deutschland auch zahlreiche andere wohlhabende Staaten gibt, in denen Protestformen im Leben der allermeisten Jugendlichen allenfalls eine Nebenrolle spielen. Und zweitens schwingt in einer solchen Aufzählung eine leise Klage mit, die in der Abwesenheit von Protest eine zu kritisierende Tatsache sieht: Müsste die Jugend

nicht rebellischer sein, lautet die implizite Frage, die sich darin verbirgt. Doch kann man eine Abwesenheit von Rebellion nicht auch anders deuten – vielleicht als Hinweis auf jugendliche Zufriedenheit mit den eigenen Lebensperspektiven? Und drittens schließlich ist Partizipation mehr als nur Protest; wer die politische Teilhabe der jungen Generation in ihrer Gesamtheit beschreiben will, darf sich nicht auf reale oder virtuelle Demonstrationen beschränken.

Aus diesen Gründen nähert sich diese Ausgabe der »DJI Impulse« dem Thema »Jugend und Politik«, indem sie zwei deutlich umfassendere Fragestellungen verfolgt. Der eine Fragenkomplex – gewissermaßen die Akteursperspektive – dreht sich um Meinungen und Verhalten der Jugendlichen in der Bundesrepublik des Jahres 2013: Wie artikulieren sie ihre Interessen? Was lockt ihr Engagement hervor? Weshalb gehen sie seit vier Jahrzehnten immer stärker auf Distanz zu den etablierten Parteien? Wie nutzen sie das Internet für politische Partizipation? Der andere Fragenkomplex – gewissermaßen die institutionelle Perspektive – konzentriert sich auf die Möglichkeiten der politischen Teilhabe, die unsere Gesellschaft Jugendlichen bieten kann: Wie könnte es der etablierten Politik gelingen, mehr Jugendliche zu erreichen und vielleicht sogar zu begeistern? Welche Möglichkeiten haben Schulen, politisches und gesellschaftliches Engagement zu fördern? Sollte das Mindestalter für die Wahl des deutschen Bundestages bei 18 Jahren belassen werden – oder auf 16 gesenkt werden? Diese Fragen werden in dieser Ausgabe diskutiert.



THOMAS RAUSCHENBACH

Deutlich wird dabei durchgehend, dass Klagen über eine angeblich passive Jugend unangebracht sind. Denn einerseits gibt es Erfolgsmodelle für die Förderung jugendlichen Engagements, etwa in der Schule: Wenn Schulen entsprechende Angebote machen, entdecken sie schnell, welche Resonanz und welche Effekte das bei Jugendlichen hat. Und andererseits sind »die« Jugendlichen in Deutschland zwar vielleicht nicht rebellisch, gleichwohl bereit zur Beteiligung: Sie wollen partizipieren, auch wenn sie dem politischen System in seiner derzeitigen Form passende Angebote nicht zutrauen. Darin stecken hohe Erwartungen, zu deren Verständnis dieses Heft beitragen soll. ✕

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Thomas Rauschenbach,  
Direktor des Deutschen Jugendinstituts



# »Nicht hinter jeder Wahlenthaltung stecken Frust und Protest«

---

Immer weniger junge Menschen gehen zur Wahl oder engagieren sich in Parteien. In Studien wird deshalb vor einer wachsenden Distanz zum politischen System gewarnt. Warum sich Bundestagspräsident Norbert Lammert dennoch keine Sorgen um die Demokratie macht, was Parteien von Bürgerinitiativen lernen können und welche Kernaufgaben die politische Bildung hat

---

**DJI Impulse: Herr Prof. Dr. Lammert, die Wahlbeteiligung der 18- bis 30-Jährigen sank bei den Bundestagswahlen in den vergangenen zehn Jahren auf knapp über 60 Prozent. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Parteiaktiven ab. Ist das eine Gefahr für unsere demokratische Kultur?**

*Bundestagspräsident Norbert Lammert:* Wenn die Jungwähler im Vergleich zu den älteren Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht zögerlichen Gebrauch machen, so hat das auch damit zu tun, dass viele Erstwähler unsicher sind, wem sie ihre Stimme geben sollen. Schließlich haben sie sich noch nicht jahrelang mit Politik, Parteien und Programmen beschäftigt. Deshalb finde ich den Unterschied zwischen den Erst- und Jungwählern

auf der einen Seite und der älteren Wählerschaft auf der anderen erklärlich und nicht Besorgnis erregend. In meinen persönlichen Begegnungen mit jungen Leuten stelle ich immer den Rang des Wahlrechts heraus: Das größte Privileg einer Demokratie ist doch die Möglichkeit, selbst darüber zu bestimmen, von wem das Land regiert werden soll. Wer auf sein Wahlrecht verzichtet, überlässt anderen die Entscheidung über seine eigenen Angelegenheiten. Was die sinkende Zahl von Parteimitgliedschaften angeht, muss man dieser Entwicklung die Tatsache gegenüberstellen, dass gleichzeitig das politische Engagement außerhalb von Parteien – zum Beispiel in Bürgerinitiativen – stark zugenommen hat, gerade auch bei jungen Leuten.

»Ich sehe nicht, warum eine Senkung des Wahlalters notwendig wäre.  
Der Vorschlag ist gut gemeint, aber nicht gut durchdacht.«

**DJI Impulse: Die wachsende Wahlabstinenz wird in vielen Studien als Ausdruck einer voranschreitenden Entfremdung zwischen jungen Menschen und dem politischen System interpretiert. Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann spricht von einem »stillen Protest«, der eine große Herausforderung für die politische Elite sei.**

*Lammert:* Es gibt unterschiedliche Motive, vom Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen. Früher ging man zum Beispiel auch deshalb wählen, weil man das als staatsbürgerliche Verantwortung, ja sogar als Pflicht sah. Diese Haltung ist heute weniger verbreitet. Jedenfalls stecken nicht hinter jeder Wahlenthaltung immer nur Frust und Protest. Auch das genaue Gegenteil, nämlich eine beachtliche Zufriedenheit mit der Politik und ihren Akteuren, jedenfalls mit den aktuellen Verhältnissen, kann ein Grund sein, nicht wählen zu gehen.

**DJI Impulse: Der Bundestag ist das Rückgrat der Demokratie. Nur ein Dutzend der 620 Bundestagsabgeordneten sind jünger als 32 Jahre, aber rund 250 sind älter als 62 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei Mitte Fünfzig. Hat der Bundestag ein Jugendproblem?**

*Lammert:* Ich darf eine weitere Zahl hinzufügen: Die rasant wachsende Gruppe der Menschen über 80 Jahre ist überhaupt nicht im Parlament vertreten! Insofern hat der Bundestag kein Jugend-, sondern ein Altersproblem. Sie haben aber dennoch Recht: Ich fände es gut, wenn wir noch mehr jüngere Kolleginnen und Kollegen im Parlament hätten.

**DJI Impulse: Der Bundestag hat zuletzt über die Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre diskutiert, die Österreich und manche deutsche Bundesländer bereits umgesetzt haben. Wäre dies ein geeignetes Instrument, um den Anliegen der Jugendlichen – etwa Umweltschutz, Armutsbekämpfung oder Kriegsvermeidung – einen angemessenen Stellenwert zu geben?**

*Lammert:* Alle Themen, die Sie genannt haben, werden ja bereits sehr intensiv und regelmäßig im Bundestag behandelt. Ich sehe daher nicht, warum dazu eine Senkung des Wahlalters notwendig wäre. Der Vorschlag ist gut gemeint, aber nicht gut durchdacht. Warum ausgerechnet mit 16 und nicht mit 15 oder 17 Jahren? Für keine dieser Altersgrenzen gibt es eine überzeugende Begründung – am ehesten noch für das 18. Lebensjahr. Bisher war es nämlich so, dass wir einen Zusammenhang zwischen der Volljährigkeit und den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten eines gleichberechtigten, mündigen Staatsbürgers bewahrt haben. Daran würde ich gern festhalten.

**DJI Impulse: Trotz der Distanz zum politischen System sind junge Menschen nicht unpolitisch, im Gegenteil: Sie wollen mitgestalten, weichen aber aus auf punktuelle Aktionen bei Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen oder andere informelle Aktionen außerhalb der Parteien. Was machen Nichtregierungsorganisationen besser als Parteien?**

*Lammert:* Ob sie es »besser« machen, weiß ich nicht, sie machen es jedenfalls anders. Nämlich mit den von Ihnen genannten zeitlich befristeten Projekten und Kampagnen, die jungen Leuten heute offenbar eher entgegenkommen. Nichtregierungsorganisationen haben es aber in manchen Punkten auch leichter als politische Parteien, jedenfalls wenn sie Volksparteien sind. Denn Nichtregierungsorganisationen sind überwiegend politische Ein-Themen-Organisationen. In einer Gesellschaft gibt es aber sehr viele widerstreitende Interessen. Parteien übernehmen es, diese Interessen zu bündeln, Teilhabe zu organisieren, Kompromisse zu finden. Das ist eine komplexe, mühsame und gleichzeitig hochwichtige Leistung für die Demokratie. Dies Jugendlichen zu vermitteln – und sie für ein Engagement in Parteien zu motivieren – ist auch eine Aufgabe politischer Bildung.

**DJI Impulse: Wie können Parteien das große politische Aktivitätspotenzial der jungen Leute stärker für sich nutzen?**

*Lammert:* Dafür habe ich kein Patentrezept und in den Parteizentralen sucht man auch immer noch nach der richtigen Antwort. Dass junge Leute engagiert sind, Interesse daran haben, Verantwortung zu übernehmen und mitgestalten wollen, steht ja völlig außer Frage. Ich glaube sogar, dass wir derzeit eine besonders aktive Jugend haben. Bei der jüngsten Hochwasserkatastrophe waren es ja gerade die jungen Leute, die als freiwillige Helfer angepackt haben. Etwas von diesem Aktivitätspotenzial der Jugend auch für die Politik zu gewinnen, wäre schon schön.

**DJI Impulse: Jugendliche schreckt nicht selten die Hinterzimmerkultur eines Partei-Ortsverbands ab. Mangelt es an neuen politischen Beteiligungsformen?**

*Lammert:* Der Typus des Bürgers, der sich für die gesamte Palette der Politik interessiert und regelmäßig die Sitzungen seines Partei-Ortsverbandes besucht, ist tendenziell vom Aussterben bedroht. Das wissen die Parteien natürlich auch. Was ihr Organisationsprinzip angeht, können sie sicher von Bürgerinitiativen das eine oder andere lernen. Die Parteien haben sich schon immer als ausgesprochen lern- und anpassungsfähig erwiesen. >

**DJI Impulse: Als die »Piratenpartei« enormen Zulauf bei jungen Menschen fand, erkannten auch die etablierten Parteien, dass sie etwas verpasst haben. Seitdem sind etliche Bundestagsabgeordnete in sozialen Netzwerken, auf Twitter oder anderen Internetplattformen aktiv. Sind Sie den Piraten dankbar für diesen Anstoß?**

*Lammert:* Die Erfahrungen, die Abgeordnete mit den neuen kommunikativen Möglichkeiten machen, sind ja durchaus zwiespältig. Jedenfalls habe ich von manchen auch schon Klagen über eine gewisse digitale Erschöpfung gehört. Davon, dass sich mit den neuen technischen Möglichkeiten auch die Qualität der Kommunikation verbessert, bin ich persönlich nicht überzeugt. Ich nutze deshalb zum Beispiel Twitter bewusst nicht. Hier scheint mir der Zeitaufwand deutlich höher als der Nutzen.

**DJI Impulse: Laut der aktuellen Shell-Studie fühlen sich in Deutschland 20 Prozent der 15- bis 25-Jährigen abgehängt von der Gesellschaft. In dieser Gruppe wächst nicht nur die Unzufriedenheit mit der eigenen Situation, sondern auch mit der Demokratie. Mal geben sie Stimmen für radikale Parteien ab, mal treibt es sie zu ausländergefeindlichen Aktionen. Nimmt die Politik dieses Problem ernst genug?**

*Lammert:* Wichtig ist, Kinder und Jugendliche frühzeitig gegen rechtsextremistische Gedanken zu stärken und für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren. Gerade Schulen leisten hier viel, sie sind ein idealer Ort für die Prävention gegen Rechtsextremismus und für das Erlernen einer demokratischen Alltagskultur.

**DJI Impulse: Sie sagen, Sie selbst seien durch Ihr Elternhaus, aber ganz besonders auch durch einen Politik- und Geschichtslehrer für Politik sensibilisiert und begeistert worden. Hat die politische Bildung in den heutigen Schulen den ihr angemessenen Stellenwert?**

*Lammert:* Das lässt sich pauschal für alle Schulen seriös gar nicht sagen; meine eigene Erfahrung ist ja ein schönes Beispiel dafür, dass es immer auch auf den einzelnen Lehrer ankommt. Grundsätzlich hat politische Bildungsarbeit in der Schule – aber nicht allein dort – drei Kernaufgaben: Sie muss zunächst

einmal schlicht Kenntnisse vermitteln, beispielsweise über die Grundzusammenhänge von Politik und Wirtschaft. Daneben muss politische Bildung Werte vermitteln und Orientierung geben. Und sie muss beweglich sein, soll heißen, politische Bildungsarbeit muss sich immer wieder neu auf veränderte Rahmenbedingungen, Erfahrungen, Kommunikationsformen einstellen. Konstant bleibt allein das Ziel: von der Demokratie zu überzeugen, im Idealfall: für die Demokratie zu begeistern.

**DJI Impulse: Trotz dieser enormen Wichtigkeit der politischen Bildungsarbeit wurde in den vergangenen Jahren gerade bei ihr gespart. Besonders deutlich zeigen das die finanziellen Einschnitte in Millionenhöhe bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die unter anderem freie Träger in ihrer Arbeit finanziell unterstützt. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung legt zudem offen, dass seit Anfang des Jahrtausends auch vom Bundesjugendministerium das Budget für politische Bildung gekürzt wurde. Können Sie das nachvollziehen?**

*Lammert:* Die Mittel zur Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen des Rechtsextremismus sind zuletzt deutlich erhöht worden. In der Demokratie geht es um Mitwirkung und Teilhabe, und in der politischen Bildung geht es – vereinfacht gesagt – darum, die »Spielregeln« dafür zu vermitteln. Demokratie muss immer wieder neu gelehrt und gelernt werden. Die Träger politischer Bildungsarbeit leisten hier viel für unsere Demokratie. Deshalb steht der Staat auch in der Pflicht, die Bildungsträger bei ihrer Arbeit zu unterstützen, genauso wie diese in der Pflicht stehen, die Adressatinnen und Adressaten mit ihrer Bildungsarbeit auch wirklich zu erreichen. Wie viel Geld welchem Träger für welche Arbeit zur Verfügung gestellt werden kann, muss dann jeweils im Einzelfall entschieden werden.

**DJI Impulse: Was sollte sich die neue Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode vornehmen?**

*Lammert:* Wie jede Bundesregierung bisher: auf der Höhe der Zeit und ihrer jeweiligen Herausforderungen bleiben! ✕

*Interview: Birgit Taffertshofer*



#### ZUR PERSON

**Prof. Dr. Norbert Lammert** ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestags. Von 1989 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär zunächst im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1989–1994), anschließend im Bundesministerium für Wirtschaft (1994–1997) und 1997/98 im Bundesministerium für Verkehr. Von 2002 bis 2005 war er Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Der Sohn eines Bäckermeisters wurde 1948 als erstes von sieben Kindern in Bochum geboren und trat bereits 1964 in die Junge Union ein, zwei Jahre später in die CDU. Nach dem Abitur studierte er Politikwissenschaft, Soziologie, Neuere Geschichte und Sozialökonomie an den Universitäten Bochum und Oxford (England). Als freiberuflicher Dozent in der Erwachsenen- und Weiterbildung veröffentlichte er unter anderem wissenschaftliche Aufsätze zur Parteienforschung und zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problemen. Seit 1980 ist Lammert Mitglied des Deutschen Bundestags.



# Das veränderte Verhältnis von Jugend und Politik

Junge Menschen gehen heute seltener zur Wahl als früher, aber viele interessieren sich durchaus für politische Themen und engagieren sich in »Neuen Sozialen Bewegungen« für konkrete, kurzfristige Ziele. Das hat Auswirkungen auf die Entwicklung der Demokratie und stellt Parteien und die politische Bildung vor neue Herausforderungen.

*Von Ursula Hoffmann-Lange und Martina Gille*

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik grundlegend gewandelt. Dieser Wandel nahm seinen Ausgang in neuen politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften junger Menschen und hat im Laufe der Zeit zunehmend größere Teile der Bevölkerung erfasst, da ältere Generationen durch nachwachsende ersetzt werden. Junge Menschen lassen sich in der Beurteilung politischer Sachfragen heute weniger von traditionellen Partei- bindungen leiten, sondern orientieren sich stärker an Gleichaltrigengruppen und an der Berichterstattung der von ihnen

genutzten Medien. Parallel dazu hat bei ihnen die Bereitschaft zur Akzeptanz politischer Entscheidungen abgenommen. Für Protestbewegungen aller Art ist es heute leichter als für politische Parteien, junge Menschen für ihre Ziele zu mobilisieren – und diese Bewegungen konkurrieren mit den Parteien um Unterstützung und Mitarbeit.

Bereits in den 1970er-Jahren deutete sich eine Abnahme der Partei- bindungen der Bürgerinnen und Bürger in den postindustrialen Demokratien an. Seitdem nahm der Rückgriff auf klassische Protestformen (zum Beispiel Demonstrationen oder



»Die Bereitschaft zum politischen Protest bis hin zu zivilem Ungehorsam ist beträchtlich und wird von der heutigen jungen Generation ohne Zögern in Anspruch genommen.«

Petitionen) wie auch auf neue Protestformen (etwa Besetzungen, Zeldörfer oder Internetkampagnen) kontinuierlich zu. Die Political-Action-Studie von 1974 (Barnes u.a. 1979), die die politische Beteiligung in fünf entwickelten Demokratien untersuchte (Deutschland, USA, Großbritannien, Niederlande und Österreich), zeigte bei jungen Menschen erstmals eine gegenüber den 1950er- und 1960er-Jahren stärkere Nutzung nicht-verfasster politischer Beteiligungsformen wie etwa Demonstrationen, Boykotte, Mietstreiks oder Hausbesetzungen. In der damaligen Bundesrepublik war der Anteil derjenigen, die bereits an einer genehmigten Demonstration teilgenommen hatten, mit 11 Prozent der befragten 15- bis 17-Jährigen und 18 Prozent der 18- bis 29-Jährigen noch relativ gering. Diese Werte sind seitdem stark gestiegen.

Dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) 2003 zufolge nimmt die Demonstrationserfahrung mit dem Alter zu: Während bei den 16- bis 17-Jährigen nur 24 Prozent von Protesterfahrungen berichten, beträgt der Anteilswert bei den 18- bis 29-Jährigen 34 Prozent. Bis zur jüngsten Umfrage von 2009 nahm dieser Anteil dann nochmals auf 43 Prozent zu (Gaiser/Gille 2012). Diese Zunahme des Engagements lässt sich nicht nur bei jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen feststellen, sondern erstreckt sich insgesamt auf die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen. Zwar billigt nur eine kleine Minderheit illegale Aktionen und politische Gewalt, die Be-

reitschaft zum politischen Protest bis hin zu zivilem Ungehorsam ist aber beträchtlich und wird von der heutigen jungen Generation ohne Zögern in Anspruch genommen.

Dabei stehen vor allem Proteste gegen konkrete Infrastrukturmaßnahmen wie Kraftwerke, Autobahnen, Eisenbahntrassen oder Flughafenerweiterungen im Vordergrund, deren negative Auswirkungen für die Protestierenden unmittelbar absehbar oder die mit der Angst vor Risiken verbunden sind. Aber auch allgemeinpolitische Themen wie der Protest gegen soziale Ungerechtigkeit (etwa von der globalisierungskritischen Organisation »Attac« oder dem linkspolitischen Netzwerk »Blockupy«), gegen Einschränkungen von Freiheitsrechten oder gegen Krieg entfalten vielfach eine große Mobilisierungswirkung (Roth 2012).

Interessen zu bündeln ist in postindustriellen Gesellschaften schwierig

Demgegenüber ist es für die politischen Parteien zunehmend schwieriger geworden, die vielfältigen Interessenlagen postindustrieller Gesellschaften zu vereinigen und dauerhafte Unterstützung für ihre politischen Programme zu mobilisieren (Rosanvallon 2008). Dies zeigt nicht zuletzt die gestiegene Zahl neuer und zumeist kleinerer politischer Parteien, die um die Gunst der Bürgerinnen und Bürger werben und vielfach auf die Interessen einer spezifischen Klientel zugeschnitten sind

»Die heutige junge Generation ist politisch eher aktiver als frühere Generationen. Allerdings ist ihre Beteiligung zumeist nicht kontinuierlich, sondern beschränkt sich auf einzelne Aktionen.«

(beispielsweise »Bündnis90/Die Grünen« oder die »Piratenpartei Deutschland«). Die großen Volksparteien mit ihren umfassenden politischen Programmen und ihrem Anspruch, breite Wählerschichten zu repräsentieren, tun sich demgegenüber schwer, den Bedürfnissen der jungen Bürgerinnen und Bürger nach konkreten inhaltlichen Positionen Rechnung zu tragen. Politischer Protest erfordert dagegen nur eine temporäre Eini-gung auf eine Aktion, mit der Missstände angeprangert oder konkrete politische Maßnahmen bekämpft werden und ist einfacher zu organisieren.

In den letzten Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung junger Menschen zurückgegangen

Parallel zur Ausdifferenzierung der Parteiensysteme und einer ausgeprägteren Neigung zur Wechselwahl ist in den letzten Jahrzehnten auch die Beteiligung junger Menschen an Wahlen zurückgegangen. Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass die Angehörigen der jungen Altersgruppe Wahlen gleichgültig gegenüberstehen. Die große Mehrheit hält sie durchaus für sinnvoll. Abgenommen hat in Deutschland in erster Linie die Vorstellung, dass die Teilnahme an Wahlen selbstverständliche Bürgerpflicht ist. Insbesondere die Angehörigen der jüngeren Altersgruppe lehnen eine solche Bürgerpflicht ab, so lautet das Ergebnis einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Petersen u.a. 2013). Diese wird vielmehr davon abhängig gemacht, für wie wichtig der Ausgang einer Wahl gehalten wird.

Junge Menschen beteiligen sich dann, wenn aus ihrer Sicht etwas Wichtiges auf dem Spiel steht oder weil sie bestimmte Kandidatinnen beziehungsweise Kandidaten für besonders vertrauenswürdig halten. Dies ließ sich beispielsweise 2008 in den USA beobachten, als der Präsidentschaftskandidat Barack Obama viele junge Menschen für den Wahlkampf begeisterte und deren Wahlbeteiligung steigerte. Der Anteil der Jungwählerinnen und -wähler (18 bis 24 Jahre) bei Präsidentschaftswahlen nahm zwischen 2000 und 2008 um 12 Prozent zu, bei einem allerdings im Verhältnis zu den europäischen Ländern immer noch sehr niedrigen Niveau der Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe von lediglich 49 Prozent (File/Crissey 2010).

Die Mitgliedschaft in traditionellen Vereinen, Verbänden und politischen Parteien, aber auch in Gewerkschaften und Kirchen, ist heute ebenfalls stark rückläufig. Dieser Rückgang ist allerdings kein Beleg dafür, dass junge Menschen heute weniger engagiert sind als früher. Hier muss man vielmehr die wesentlich ausdifferenziertere Struktur des Beteiligungsange-

bots berücksichtigen. Die beträchtliche Zunahme »Neuer Sozialer Bewegungen«, aber auch die Gründung neuer Vereine, hat die Wettbewerbssituation der klassischen Großorganisationen und der etablierten Vereine dramatisch verschlechtert. Dass etablierte Vereine an die Grenzen ihrer finanziellen und personellen Belastbarkeit gelangen, wurde erst kürzlich in einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Alscher u.a. 2013) überzeugend nachgewiesen. Viele neugegründete Vereine strahlen dagegen Attraktivität aus, weil ihr inhaltliches Spektrum spezialisiert ist und sich auf die verschiedensten Themenfelder richtet. Ihr räumliches Spektrum reicht von Stadtteilinitiativen bis hin zu global agierenden Netzwerken wie »Attac«.

Solche Gruppierungen sind nichts grundsätzlich Neues, aber ihre Zahl hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht und bietet vor allem jungen Menschen eine Fülle alternativer (politischer) Beteiligungsmöglichkeiten. Der auf konkrete Ziele und Aktionen orientierte Charakter dieser Gruppierungen ist für sie attraktiver als die Mitarbeit in formalen Großorganisationen. Er kommt dem Bedürfnis Jugendlicher, konkret Einfluss zu nehmen, stärker entgegen als Organisationen, die auf allgemeine und langfristige Ziele ausgerichtet sind.

Der Anteil der 13- bis 32-Jährigen in solchen informellen Gruppen liegt mit etwa 17 Prozent ähnlich hoch wie der Anteil derjenigen, die in dieser Altersgruppe in Vereinen (mit Ausnahme von Sportvereinen) oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk (THW) oder bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) aktiv sind (Gaiser/Gille 2012). Da die meisten der »Neuen Sozialen Bewegungen« auch politische Ziele verfolgen, lässt sich daher konstatieren, dass die heutige junge Generation politisch eher aktiver ist als frühere Generationen. Allerdings ist die Mitarbeit in diesen Gruppen zumeist nicht kontinuierlich, sondern beschränkt sich auf die Teilnahme an einzelnen Aktionen.

Weniger gebildete Jugendliche werden politisch ins Abseits gedrängt

Zahlreiche Studien zeigen für alle politischen Beteiligungsformen eine große Kluft zwischen grundsätzlicher Beteiligungsbereitschaft und tatsächlicher Beteiligung. Es wäre allerdings verfehlt, daraus auf ein großes unerschlossenes Potenzial zu schließen, das bei geeigneten Mobilisierungsbemühungen leicht zu dauerhaftem politischem Engagement zu bewegen sei. Denn die Umsetzung dieser Verhaltensbereitschaft gerät in Konflikt mit familiären, schulischen und beruflichen Verpflichtungen

»Demokratie benötigt nicht nur aktive Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Bereitschaft, die eigenen politischen Positionen nicht zu verabsolutieren und sich auf Kompromisse einzulassen.«

sowie dem Wunsch nach Freizeit. Daher ist die Entscheidung für ein dauerhaftes Engagement in politischen Parteien oder anderen Organisationen schon immer Sache einer Minderheit gewesen. Die Teilnahme an einzelnen Aktionen hat demgegenüber ein geringeres Maß an Verbindlichkeit. Aus diesem Grund ist die organisatorische Kontinuität der »Neuen Sozialen Bewegungen« meist geringer.

Die Einführung direkt-demokratischer Instrumente wie etwa Volksinitiativen, Referenden oder Bürgerforen kommt den politischen Bedürfnissen junger Menschen entgegen. Allerdings gilt für diese neuen Möglichkeiten ebenfalls, dass die Jugendlichen sie nur fallweise und nicht regelmäßig ergreifen. Sie werden in erster Linie als zusätzliche Optionen zur Artikulation der eigenen Forderungen an die Politik wahrgenommen und am häufigsten von denjenigen genutzt, die ohnehin bereits politisch aktiv sind. Die Beteiligung an diesen Verfahren hängt von denselben Faktoren ab, wie sie auch für andere politische Partizipationsformen gelten. Grundsätzlich werden alle politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, von der Beteiligung an Wahlen bis hin zu zeitaufwändigen Aktivitäten wie der Mitarbeit in politischen Parteien und Verbänden, überproportional von den höher Gebildeten genutzt. Jede zusätzliche Beteiligungsmöglichkeit verstärkt daher tendenziell die Ungleichheit der politischen Beteiligung (Kaase 1981; Merkel 2011).

Dies spricht zwar nicht gegen neue Mitwirkungsmöglichkeiten, sie dienen aber auch kaum zum Abbau der Politikferne bei denjenigen, die von der Politik besonders schwer erreicht werden. Ohne zusätzliche Bemühungen, weniger privilegierte junge Menschen an die Politik heranzuführen, werden deren Bedürfnisse durch die neuen Beteiligungsformen eher noch stärker unberücksichtigt bleiben. Junge Menschen ohne bessere Schul- und Berufsausbildung laufen dadurch verstärkt Gefahr, nicht nur beruflich und finanziell, sondern auch politisch an den gesellschaftlichen Rand gedrängt zu werden, weil ihnen aufgrund ihres geringeren politischen Wissens die Artikulationsmöglichkeiten für Forderungen an die Politik fehlen und sie die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten weniger nutzen.

Die genannten Entwicklungen haben die Komplexität politischer Willensbildungsprozesse in den postindustriellen Demokratien erhöht. Sie sind für die politischen Parteien mit Herausforderungen verbunden, die angesichts schwindenden politischen Vertrauens, einer zunehmenden Zahl von Wechselwählerinnen und -wählern sowie abnehmender Folgebereitschaft vor allem der jungen Bürgerinnen und Bürger versuchen müssen, eine steigende Zahl von Einzelforderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen unter einen Hut zu bringen und dennoch politisch handlungsfähig zu bleiben. Zugleich deutet die teilweise kompromisslose Haltung der jungen Protestierenden auch auf Defizite in deren Politikverständnis hin. Denn Demokratie benötigt nicht nur aktive Bür-

gerinnen und Bürger, die ihre politischen Forderungen einbringen, sondern auch die Akzeptanz der Unvermeidlichkeit von Interessenkonflikten sowie die Bereitschaft, die eigenen politischen Positionen nicht zu verabsolutieren und sich auf Aushandlungsprozesse mit politisch Andersdenkenden einzulassen. In der Vermittlung dieser beiden gleichermaßen wichtigen Aspekte demokratischer Politik liegt eine zentrale Aufgabe politischer Bildung. **x**

#### DIE AUTORINNEN

**Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange** ist emeritierte Professorin der Politikwissenschaft an der Universität Bamberg i.R. Sie beschäftigt sich insbesondere mit politischer Kultur, Demokratieforschung und Eliten.

**Martina Gille**, Dipl.-Soziologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des »Zentrums für Dauerbeobachtung und Methoden« des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und setzt sich insbesondere mit den Themen der sozialen und politischen Partizipation sowie den Lebenszielen und Lebensentwürfen Jugendlicher und junger Erwachsener auseinander.

**Kontakt:** ursula.hoffmann-lange@uni-bamberg.de, gille@dji.de

#### LITERATUR

- ALEMANN, ULRICH VON / MORLOK, MARTIN / GODEWERTH, THELSE (Hrsg.; 2006): Jugend und Politik. Baden-Baden
- ALSCHER, MAREIKE / DROSS, PATRICK J. / PRILLER, ECKHARD / SCHMEISSER, CLAUDIA (2013): Vereine an den Grenzen der Belastbarkeit. In: WZB-Brief Zivilengagement 07, S. 2–7
- BARNES, SAMUEL H. / KAASE, MAX u.a. (1979): Political action. Mass participation in five Western democracies. Beverly Hills
- DALTON, RUSSELL J. (2006): Citizen politics. 4. Auflage. Washington (D.C.)
- FILE, THOM / CRISSEY, SARAH (2010): Voting and registration in the election of November 2008. Washington (DC). Im Internet verfügbar unter: [www.census.gov/hhes/www/socdemo/voting/](http://www.census.gov/hhes/www/socdemo/voting/) (Zugriff: 17.06.2013)
- GAISER, WOLFGANG / GILLE, MARTINA (2012): Soziale und politische Partizipation im Wandel. In: Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.; 2012): Aufwachsen in Deutschland: AID:A – Der neue DJI-Survey. München, S. 136–159.
- INGLEHART, RONALD / WELZEL, CHRISTIAN (2005): Modernization, cultural change, and democracy. The human development sequence. Cambridge
- KAASE, MAX (1981): Politische Beteiligung und politische Ungleichheit. In: Albertin, Lothar (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Düsseldorf, S. 363–377
- MERKEL, WOLFGANG (2011): Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. WZB-Mitteilungen, Heft 131, S. 10–13
- PETERSEN, THOMAS / HIERLEMANN, DOMINIK / VEHRKAMP, ROBERT B. / WRATIL, CHRISTOPHER (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh. Im Internet verfügbar unter: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) (Zugriff: 17.06.2013)
- ROSANVALLON, PIERRE (2008): Counter-democracy. Politics in an age of distrust. Cambridge
- ROTH, ROLAND (2012): Occupy und Acampada: Vorboten einer neuen Protestgeneration? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25-26, S. 36–43



# Weltweite Proteste – in Deutschland bleibt es (noch) ruhig

Junge, gut ausgebildete Menschen demonstrieren in vielen Teilen der Welt friedlich gegen die Perspektivlosigkeit ihrer Generation. Von den etablierten Parteien enttäuscht erfinden sie neue Formen des Protests, auf die die Politik reagieren muss.

*Von Roland Roth*

Wer heute weltweit nach neuen Formen der politischen Partizipation junger Menschen sucht, wird vermutlich nicht nach Deutschland blicken. Rebellionen, unerwartete Aufbrüche oder spektakuläre Proteste hat es in den letzten Jahren vor allem im arabischen Raum, in Spanien, Frankreich, Großbritannien und in jüngster Zeit in der Türkei und in Brasilien gegeben. An all diesen Mobilisierungen haben meist besser (aus-)gebildete, aber um ihre Zukunftschancen betrogene junge Menschen einen erheblichen

Anteil. In der Regel sind nicht die Ärmsten der Armen auf der Straße, sondern gesellschaftliche Gruppen, die sich um ihre Aufstiegs- und Wohlstandswünsche und ihre Freiheitsrechte betrogen sehen.

In seinem fiktiven Reisebericht vom arabischen Frühling zur »Occupy«-Bewegung spricht der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar (2012) mit einigem Recht von einem »Aufruhr der Ausgebildeten«. Dennoch handelt es sich nicht um klassische Generationenkonflikte, die ihre Energie aus der Differenz von

»alt« versus »jung« gewinnen. Gegner sind vielmehr das »große Geld« und eine damit eng verknüpfte politische Klasse, die versucht, die eigenen Machtansprüche und Bereicherungschancen zu Lasten der nachwachsenden Generation zu sichern.

Auch wenn die Ausstrahlung dieser Proteste auf Deutschland bislang unterblieb, lohnt es sich, auf einige Merkmale näher einzugehen, denn sie könnten zur Signatur des politischen Engagements einer Generation werden.

### Die Massenproteste sind demonstrativ friedlich

Zunächst fällt auf, wie demonstrativ friedlich das Gros der Massenproteste geblieben ist: ziviler Ungehorsam in Form von Platzbesetzungen und Protestcamps, aber keine strategische Gewaltanwendung oder Verherrlichung der Militanz, wie sie in früheren Protestkonjunkturen häufiger anzutreffen waren. Die Nähe zum Volksfest, zur Party oder zum Familienausflug ist gewollt und wird durchgehalten, zumindest solange kein Krieg gegen die versammelten Bürgerinnen und Bürger geführt wird. Der Protest der stehenden, in ihrer Bewegung verharrenden Personen ist eine der imponierenden Ausdrucksformen demonstrativer Zivilität, den beispielsweise die Bewohnerinnen und Bewohner von Istanbul zum Protestrepertoire beigesteuert haben. In dieses Bild passen auch die vielfältigen individualisierten und selbstbestimmten Ausdrucksformen des Straßenprotests von heute.

Auffällig sind die Versuche, im Protest selbst Versammlungsdemokratie zu praktizieren. Das Streben nach »wirklicher Demokratie« zeichnet sich bei diesen Protestformen dadurch aus, dass die unterschiedlichsten Menschen mit ihren Meinungen zu diesen vielfältigen Protestformen beitragen können. Damit werden zugleich die Individualität und die unterschiedlichen Meinungen von anderen Menschen respektiert. Ohne auf vorgängige organisatorische Vereinheitlichungen oder verbindende Klassenkulturen setzen zu können, muss die gemeinsame Agenda erst im Protest gefunden werden. Dabei kommt es darauf an, dem »Wissen der Vielen« möglichst große Entfaltungschancen einzuräumen. In der Folge bleiben solche Bewegungen eigentümlich führerlos, meist fehlen prominente Sprecherinnen und Sprecher. Die Schattenseiten dieser im Protest geborenen Versammlungsdemokratie dürfen aber keineswegs übersehen werden. Sie erfordert möglichst permanente Anwesenheit und schließt damit diejenigen aus, die nicht in gleicher Weise präsent sein können. Indem in einer solchen Versammlungsdemokratie organisatorische Entlastungen zurückgewiesen werden, bleibt sie notwendig temporär, fragil und ungewollt exklusiv.

In ihrem Buch »Alone together« hat die US-amerikanische Techniksoziologin Sherry Turkle die paradoxe Vergesellschaftungsweise beschrieben, die mit dem Einzug von Internet und sozialen Medien in den Alltag verbunden ist. Dass die neuen Medien für die Mobilisierung und Verbreitung des gegenwärtigen Aktivismus eine wichtige Rolle spielen, ist vielfach beschrieben worden. Auf den ersten Blick scheint die Lust an der direkten Kommunikation auf den großen Plätzen diesem Befund zu widersprechen. Aber in dieser Suche nach »realer«, unmittelbarer Demokratie, die bereits viele der globalisierungskritischen Bewegungen von den Weltsozialforen in Porto Alegre bis zu den Bankenprotesten von »Occupy« ausgezeichnet hat, kommt auch das Spannungsverhältnis der beschleunigten Vereinzelung und einer internetgestützten Gemeinschaftsbildung zum Ausdruck. Es stellt sich deshalb die Frage, welche neuen politischen Organisationsformen sich jenseits von zufälligen und situationsbedingten Vergemeinschaftungen im Protest herausbilden können.

Die Auseinandersetzung mit den jeweils Herrschenden hat die Agenda des Protests in Richtung Gerechtigkeit, Gemeingüter und moralische Kapitalismuskritik verschoben. Die Empörung über wachsende soziale Ungerechtigkeiten, die Verteidigung von Gemeingütern, etwa des Taksim-Platzes in Istanbul, oder die Empörung über die exzessive Bereicherung der Finanzeliten erinnert an eine Kapitalismuskritik, die bereits vor Karl Marx von populären Autoren wie Thomas Hodgskin in seiner 1825 veröffentlichten Schrift »Labour defended against the

claims of capital« vorgebracht wurde. Freilich geht es heute nicht mehr vorrangig um die Wertschätzung handwerklich geprägter Arbeit, worauf Hodgskin vor allem sein Interesse gerichtet hat, sondern um das Versprechen auf Wohlstand, Wohlfahrt und gesellschaftliche Teilhabe, das mit der Expansion von Bildungsprozessen und Bildungsmöglichkeiten verbunden wird.

Hier liegt vermutlich eine der ausschlaggebenden Ursachen, weshalb sich jugendlich geprägte politische Aktivitäten gegenwärtig in Deutschland eher im Kleingruppenformat abspielen. Um die Zukunftsaussichten der gut gebildeten Jugendlichen steht es in Deutschland dank Konjunktur und Demografie zurzeit nicht schlecht. Dass mehr als 20 Prozent dieser Generation als »Risikojugendliche« ohne die nötigen Schulabschlüsse beziehungsweise »Beschäftigungsfähigkeit« in Übergangssystemen ohne garantierten Übergang »geparkt« werden, gehört zu den häufig unterschlagenen Wirklichkeiten dieser Republik, wie auch die skandalös wachsende Kinderarmut in einem reichen Land. Nach allen Erfahrungen fehlen diesen Ausgeschlossenen das Selbstvertrauen und die Energie, um selbst

Das Streben nach »wirklicher Demokratie« zeichnet sich bei diesen Protestformen dadurch aus, dass die unterschiedlichsten Menschen mit ihren Meinungen zu diesen vielfältigen Protestformen beitragen können.

auf die Straße zu gehen. Ihr Protest formiert sich erst dann in gewaltförmigen Aufständen, wie beispielsweise in den französischen »banlieues« (Vororten) oder den britischen Großstadtquartieren, wenn ihre Abwertung und soziale Ausgrenzung die Schwelle des Erträglichen überschritten haben.

Dies scheint gegenwärtig in Deutschland nicht der Fall. Die Hoffnung, dass die demografische Entwicklung (Stichwort Fachkräftemangel) auch den Bildungsverlierern und sozial Benachteiligten der nachwachsenden Generation größere Lebenschancen eröffnen wird, vertritt zusätzlich. Mit den offenen Grenzen innerhalb der EU-Länder könnten jedoch die sozialen Probleme wandern. Ob sie dabei abgemildert werden oder die aktuell geforderte Willkommenskultur die Lage der einheimischen »Risikojugendlichen« noch verschärfen wird, bleibt abzuwarten. Auch EU-weite solidarische Lösungen sind denkbar und zu wünschen.

Die Distanz vieler Jugendlicher zur etablierten Politik nimmt zu

Soziale Lagen sind nur einer von mehreren Faktoren, wenn es um die Bereitschaft zum Protest geht. Ohne die Unterschiede zu den politischen Regimen in den Protestländern zu vernachlässigen, auch in der Bundesrepublik nimmt die Distanz vieler Jugendlichen zur etablierten Politik und ihren Formen weiter zu. In ihrer Mehrheit sehen sie sich weder repräsentiert noch angemessen beteiligt. Schon vor Jahren wurde von den Großparteien vermeldet, dass sie weitgehend jugendfrei sind. Auch das Vertrauen in die Gemeinwohlorientierung und in die Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie sinkt ständig. Die repräsentativen Grundstrukturen sind auf professionelle Eliten zugeschnitten und stammen aus einer Zeit, als fünf Prozent eines Jahrgangs den Weg an die Hochschule fanden. Heute sind es circa 50 Prozent. Damals dominierte das autoritäre »Solange du deine Füße unter meinen Tisch stellst, hast du hier nichts zu sagen!« Heute wachsen zwei Drittel der jungen Menschen in »Verhandlungsfamilien« auf, in denen diskutiert und wechselseitige Ansprüche verhandelt werden.

Die politischen Mitsprache- und Gestaltungsansprüche sind deutlich gestiegen. Nicht zuletzt das Internet hat den Wissensvorsprung zwischen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern einerseits und einer interessierten Bürgerschaft andererseits drastisch verringert. »Alternativlos« ist zum Unwort geworden. Mehr als 90 Prozent fordern heute in repräsentativen Befragungen mehr di-

rekte Bürgerbeteiligung, und zwei Drittel der jungen Menschen halten es für legitim, dass parlamentarisch beschlossene Infrastrukturprojekte protestierend blockiert werden.

Da die Parteien kaum seriöse Beteiligungsangebote an eine zunehmend gebildete, kompetente und kritische Bürgerschaft jenseits der Parteikarriere machen, avancierte die »Piratenpartei Deutschland« kurzfristig zum Hoffnungsträger. Ihr Angebot einer »Mitmachpartei« hat den Nerv der jüngeren Gutgebildeten getroffen. Sie kann es aber bislang weder mit den Anforderungen einer Parlamentspartei in Einklang bringen, noch jenes Vertrauen durch direkte Kommunikation aufbauen, das politische Repräsentation erst möglich macht.

Die Bereitschaft zu Engagement und Beteiligung ist in der jungen Generation deutlich gestiegen, trotzdem gilt immer noch das vernichtende Urteil des Bundesjugendkuratoriums (2009, S. 13) über den Stand der politischen Beteiligung von jungen Menschen in Deutschland: »zu selten, zu wenig und ohne Wirkung«. So vergrößert sich die Kluft zwischen den wachsenden Beteiligungsansprüchen der nachwachsenden Generation und der elitären Abschottung des politischen Betriebs. Immerhin haben sich inzwischen ein paar Bundesländer und Kommunen daran gemacht, Politik beteiligungsorientiert neu zu buchstabieren. Wenn sie dabei auch noch die ausgegrenzten Milieus mitnehmen, liegt darin demokratisches Potenzial. Sollte dies nicht gelingen, genügt ein Blick auf die aktuellen Proteste in anderen Ländern, um zu wissen, auf welche Verhältnisse wir möglicherweise zusteuern. ✕

In ihrer Mehrheit sehen sich Jugendliche von der Politik weder repräsentiert noch angemessen beteiligt. Schon vor Jahren wurde von den Großparteien vermeldet, dass sie weitgehend jugendfrei sind.

#### DER AUTOR

**Prof. Dr. Roland Roth** ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem soziale Proteste und soziale Bewegungen, Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Demokratieentwicklung und bürgerschaftliches Engagement.

**Kontakt:** roland.roth1@gmx.de

#### LITERATUR

- BUNDESJUGENDKURATORIUM (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. München
- KRAUSHAAR, WOLFGANG (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg
- TURKLE, SHERRY (2011): Alone together. Why we expect more from technology and less from each other. New York

# Das Wahlalter sollte gesenkt werden

---

Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann plädiert schon seit Langem für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts würde der Demokratie einen frischen und innovativen Schub verleihen.

---

*Von Klaus Hurrelmann*



»Schließen wir die unter 18-Jährigen wie bisher sowohl vom aktiven als auch vom passiven Wahlrecht aus, dann sind die politischen Akteure in Parlamenten und Regierungen nicht verpflichtet, diesen Teil der Bevölkerung zu repräsentieren.«

Die Lebenssituation Jugendlicher hat sich in allen Industrieländern in den letzten 30 Jahren spürbar verändert. Die Pubertät tritt heute so früh wie wohl noch nie in der menschlichen Lebensgeschichte ein. Sie liegt im Durchschnitt bei etwa 11,5 Jahren bei Mädchen und 12,5 Jahren bei Jungen. Mit der frühen Geschlechtsreife ist eine Beschleunigung und Vorverlagerung der körperlichen, psychischen, intellektuellen und sozialen Entwicklung verbunden. Entsprechend früh sehen sich die Jugendlichen den alterstypischen Entwicklungsaufgaben ausgesetzt: Sie lösen sich von den Eltern und bauen schrittweise einen eigenen Lebensstil auf; sie orientieren sich an den Gleichaltrigen und treten in Freundschafts- und Liebesbeziehungen ein; sie übernehmen die Verantwortung für ihre Schullaufbahn und die berufliche Qualifikation; sie werden zu aktiven Konsumenten und Wirtschaftsbürgern, die mit Geld ebenso wie mit Medien umgehen können; sie bauen eine eigene Wertorientierung auf. Eltern geben ihren jugendlichen Kindern große Freiheiten, das Grundgesetz räumt ihnen mit 14 Jahren demonstrativ ein Selbstbestimmungsrecht und die volle Religionsmündigkeit ein, und außerdem sind sie ab 14 Jahren strafmündig.

Ausgerechnet der Bereich der Politik aber tut sich schwer mit dieser Vorverlagerung der Entwicklungsprozesse im Lebenslauf. Jugendliche dürfen wie Erwachsene leben, von ihnen wird meist sogar erwartet, dass sie Verantwortung für ihr Leben übernehmen. Aber politisch werden sie wie unreife Menschen behandelt, denen der Status eines Bürgers oder einer Bürgerin abgesprochen wird.

Das Wahlrecht ab 18 ist ein Anachronismus der 1970er-Jahre

In einem demokratischen Staatswesen gehört die politische Beteiligung zum wichtigsten Bürgerrecht und darf nur unter eng definierten Bedingungen verwehrt werden. Es ist ein Anachronismus, das Mindestwahlalter auf 18 Jahre festzulegen. Dieses Alter wurde auf Grund rein pragmatischer Erwägungen festgesetzt: Es ging Anfang der 1970er-Jahre darum, so viele Jugendliche wie möglich zum Wehr- und Zivildienst heranziehen zu können, und deshalb wurden kurzerhand Mindestwahlalter und rechtliche Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre abgesenkt.

Schließen wir die unter 18-Jährigen wie bisher sowohl vom aktiven als auch vom passiven Wahlrecht aus, dann sind die politischen Akteure in Parlamenten und Regierungen nicht ver-

pflichtet, diesen Teil der Bevölkerung zu repräsentieren. Damit geht dem politischen Gemeinwesen soziales Kapital verloren.

Könnten Jugendliche sich in die Gesellschaftspolitik einschalten, dann bekämen die Themen Umweltschutz, Kriegsvermeidung, Förderung der Entwicklungsländer, Gesundheitsförderung, Armutsvermeidung und Abbau der Arbeitslosigkeit ein weitaus größeres Gewicht als heute. Durch die überstarke Repräsentanz von Älteren bei Wahlen wird heute ein wichtiges Prinzip des Generationsvertrages verletzt, denn es werden im demokratischen Meinungsbildungsprozess nur die Interessen der älteren Bevölkerung gefördert. Das kann langfristig dazu führen, dass zukunftsorientierte Themen zu kurz kommen.

Die kognitive Entwicklungsforschung zeigt, dass in der Altersspanne zwischen 12 und 14 Jahren bei fast allen Jugendlichen ein intellektueller Entwicklungsschub stattfindet, der sie dazu befähigt, abstrakt, hypothetisch und logisch zu denken. Parallel hierzu steigt in dieser Altersspanne auch die Fähigkeit, sich sozial, ethisch und politisch zu orientieren und entsprechende Urteile abzugeben. Wollen wir von einer »Reife« der Urteilsfähigkeit – nicht der gesamten Persönlichkeit – sprechen, dann ist sie in diesem Alter gegeben. Aus diesen Überlegungen heraus spricht vieles dafür, das Wahlrecht auf ein Alter von wenigstens 16 Jahren abzusenken.

Das Einräumen von Bürgerrechten ist kein Gnadenakt. Gerade gegenüber Jugendlichen muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass das Wahlrecht ihnen auch Verantwortung abverlangt. Jugendliche wollen Politikerinnen und Politiker, die sich wie Volksvertreterinnen und Volksvertreter benehmen, also auf die Themen und Wünsche der Bevölkerung eingehen. Unsere Demokratie kann einen solchen frischen und innovativen Schub gut vertragen. x

DER AUTOR

**Prof. Dr. Klaus Hurrelmann** war bis 2009 Professor an der Universität Bielefeld und ist seitdem Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance. Seine zentralen Arbeitsgebiete sind die Bildungs- und Sozialisationsforschung mit den Schwerpunkten Jugend, Kindheit, Familie und Schule.

**Kontakt:** hurrelmann@hertie-school.org



# Klarheit statt Willkür

## Das Wahlrecht gehört zur Volljährigkeit

---

Der Politikwissenschaftler Stephan Eisel plädiert für die Beibehaltung des Wahlrechts ab 18 Jahren.  
Eine Senkung des Wahlalters entspräche nicht den Rechten und Pflichten von unter 18-Jährigen.

---

*Von Stephan Eisel*

Immer wieder wird eine Absenkung des Wahlalters als Mittel gegen eine angenommene »Politikverdrossenheit« bei Jugendlichen vorgeschlagen. Dabei werden oft Thesen vertreten, die in der Fachwelt längst widerlegt sind und mit Blick auf das Wahlrecht keine Rolle spielen sollten.

Dazu gehört die Behauptung, dass Jugendliche in ihrer politischen Urteilsfähigkeit auch vor der Volljährigkeit reif genug seien, an Wahlen teilzunehmen. Eine »Wahlreifebeurteilung«

kennt das Wahlrecht aber nicht – und wird im Übrigen auch bei Erwachsenen nicht vorgenommen. Auch die Behauptung, dass minderjährige Jugendliche ein ausgesprochen hohes Interesse an Politik besitzen, kann eine Herabsetzung des Wahlalters nicht begründen. Das Kriterium des Politikinteresses ist in der Demokratie keine Voraussetzung für das individuelle Wahlrecht. Das Argument, dass eine Senkung des Wahlalters die Wahlbeteiligung beeinflusst, kann ebenso wenig überzeu-

»Der Zusammenhang zwischen Wahlalter und Volljährigkeit konkretisiert sich in der Frage, warum jemand über die Geschicke der Gesellschaft mitentscheiden soll, den diese Gesellschaft noch nicht für reif genug hält, seine eigenen Lebensverhältnisse selbstständig zu regeln.«

gen. In der freiheitlichen Demokratie existiert das Wahlrecht unabhängig davon, ob es tatsächlich ausgeübt wird und wie es sich auf die Wahlbeteiligung auswirkt.

Bei der Festlegung des Wahlalters sollte es um die Anwendung allgemein akzeptierter Kriterien gehen. Die Verknüpfung von Wahlrecht und Volljährigkeit ist die stichhaltigste und plausibelste Regelung und auch frei von politischem Manipulationsverdacht.

Der Zusammenhang zwischen Wahlalter und Volljährigkeit konkretisiert sich in der Frage, warum jemand über die Geschicke der Gesellschaft mitentscheiden soll, den diese Gesellschaft noch nicht für reif genug hält, seine eigenen Lebensverhältnisse selbstständig zu regeln. Die Wahlberechtigung für Minderjährige ist ein Widerspruch in sich, weil sie das Wahlrecht von der Lebens- und Rechtswirklichkeit abkoppelt: Wer die Wahlberechtigung von der Volljährigkeit entkoppelt, löst zugleich den Zusammenhang zwischen Bürgerrechten (wie dem Wahlrecht) und Bürgerpflichten auf. Vornehmste Bürgerpflicht ist nämlich die Übernahme der vollen Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns, wie sie mit der Volljährigkeit einsetzt.

Auch Jugendliche halten nichts vom Wählen mit 16 Jahren

Wer 16 Jahre alt ist, darf zwar Mofa fahren, aber ohne Begleitung eines Erwachsenen kein Auto lenken, darf Bier trinken, aber keine hochprozentigen Alkoholika und ohne Erlaubnis der Eltern eine Diskothek nur bis Mitternacht besuchen. Heiraten darf man zwar ab 16, aber auch nur dann, wenn ein Familiengericht die Genehmigung erteilt hat und der Ehepartner bereits volljährig ist. Kaufverträge, die von Jugendlichen unter 18 Jahren geschlossen werden, sind nach dem sogenannten Taschengeldparagrafen (§ 110 BGB) nur wirksam, wenn die Jugendlichen sie mit dem Geld bezahlen, das sie von den Erziehungsberechtigten, also im Regelfall von den Eltern, erhalten haben.

Das Kriterium der Volljährigkeit schützt das Wahlrecht vor Willkür. Je nach eigener Interessenlage werden nämlich immer wieder verschiedene Altersgrenzen in die politische Debatte eingebracht werden. SPD und Grüne befürworten beispielsweise eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Bundesjugendring und Kinderhilfswerk plädieren für eine Grenze bei 14 Jahren. Die »Piratenpartei Deutschland« hat in Berlin eine Absenkung auf 7 Jahre beantragt. Die Jugendorganisationen von Piratenpartei und »Bündnis 90/Die Grünen« wollen sogar jede Altersgrenze abschaffen.

Wie willkürlich die Abkoppelung des Wahlalters von der Volljährigkeit ist, zeigt sich auch daran, dass sich die Debatte einseitig auf das aktive Wahlrecht beschränkt, das passive Wahlrecht aber ausspart. Die Befürworter einer Senkung des aktiven Wahlalters müssen sich aber fragen lassen, warum sie Jugendlichen das Recht verwehren wollen, andere Gleichaltrige zu wählen, die ebenfalls noch nicht volljährig sind. Sie müssten dazu jedoch die Absenkung der Volljährigkeitsgrenze vorschlagen, denn für Minderjährige lässt sich die Freiheit des Mandats wegen des Interventionsrechts von Erziehungsberechtigten nicht garantieren.

Übrigens lehnen in allen (!) bisherigen Umfragen die betroffenen minderjährigen Jugendlichen eine Herabsetzung des Wahlalters mit deutlicher Mehrheit ab. Erwachsene sollten das ernst nehmen, anstatt Minderjährige in der Hoffnung auf den eigenen politischen Vorteil zwangszubeglücken. ✕

DER AUTOR

**Dr. Stephan Eisel** war von 2007 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags (MdB) und ist seit 2010 Projektleiter in der Konrad-Adenauer-Stiftung für »Bürgerbeteiligung« und »Internet und Demokratie«.

**Kontakt:** stephan.eisel@gmx.net

# Lernen durch Engagement

Schule soll nicht nur Bildungsanstalt sein. Sie muss auch Möglichkeiten zur politischen Beteiligung bieten.

*Von Heinz Reinders*

Die Ständige Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) – ein Zusammenschluss der Ministerinnen und Minister für Bildung, Erziehung, Hochschulen, Forschung und kulturelle Angelegenheiten – hat hohe Ansprüche an die Schulbildung: »Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen. Dabei sollen sie ermuntert werden, für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden einzutreten. Diesem übergeordneten Ziel

sind grundsätzlich alle Unterrichtsfächer verpflichtet, insbesondere aber die des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs« (Kultusministerkonferenz 2013).

Es stellt sich die Frage, wie Schule dies erreichen soll. Wenn man diese Frage im polemischen Sinne gegenüber den hehren Zielen schulischer Bildung formuliert, ist sie allerdings weder neu noch besonders originell. Sie ist in einem demokratischen Gemeinwesen aber von zentraler Bedeutung. Da Schule immer auch »scheitern« kann, stellt sich die Frage, ob sie überhaupt ein Ort der politischen Bildung und damit auch der politischen Partizipation sein kann. Schon seit den 1970er-Jahren weisen



## »Schülerinnen und Schüler können Partizipation und demokratische Kompetenzen im üblichen Schulalltag nur selten erwerben, wenn nicht neue Formen wie das ›Lernen durch Engagement‹ eingeführt werden.«

Bildungsforscherinnen und -forscher darauf hin, dass in Schulen Demokratie gepredigt wird. Im Unterrichtsalltag ist dies aber zumeist verbunden mit der Praxis des Frontalunterrichts – Erziehung zu demokratischer Kompetenz bleibt überwiegend kognitiv ausgerichtet und erzielt dadurch nur geringe Wirkung (Jaschke 2001). Allerdings sind solche Kritiken nutzlos, wenn aus ihnen nicht die Frage generiert wird, wie Schule partizipativ werden kann – und wie demokratische Werte durch konkrete Handlungsräume, zum Beispiel durch soziale Projekte im ehrenamtlichen Engagement Jugendlicher, vermittelt werden.

### Deutsche Schulen haben bei der Mitbestimmung Nachholbedarf

Dass es bei Mitbestimmungsmöglichkeiten in Deutschlands Schulen Nachholbedarf gibt, stellte etwa die internationale Vergleichsstudie »Civic Education Study« der International Association for the Evaluation of Educational Achievement« (IEA) aus dem Jahr 1999 fest: Demnach hatten die in Deutschland befragten 14-Jährigen von allen beteiligten Ländern das geringste Vertrauen in Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule. Lediglich 39 Prozent gaben an, in der Schule etwas über die Bedeutung von Wahlen und politischer Beteiligung gelernt zu haben, der internationale Durchschnitt lag bei 55 Prozent. Nur eine Minderheit von 13 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler hatte an Formen der Schülermitbestimmung mitgewirkt, ein Wert, der nur noch von den Gleichaltrigen aus der Schweiz und der Slowakei unterboten wurde.

Daten der repräsentativen Studie »jeps – Jugend. Engagement. Politische Sozialisation«, die am Lehrstuhl für Empirische Bildungsforschung der Universität Würzburg durchgeführt wurde und für die 2.400 Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren befragt wurden, deuten auf noch dramatischere Umstände hin: Nur 2,2 Prozent der befragten Mädchen und Jungen haben sich ehrenamtlich in der Schule betätigt. Für Jugendliche ist nur noch die Mitwirkung in politischen Jugendorganisationen unattraktiver. Die sogenannte Mitbestimmungsstudie des ZDF aus dem Jahr 2009 resümiert recht treffend: »Insgesamt wird der Schulalltag von Kindern als kaum mitbestimmt erlebt. Obgleich sie Mitbestimmung in der Schule als bedeutsam empfinden und es auch gut finden, wenn sie mitbestimmen können, werden ihnen hierzu offenbar nur wenig Möglichkeiten gegeben« (Schneider u.a. 2009, S. 18).

Schülerinnen und Schüler können Partizipation und demokratische Kompetenzen im üblichen Schulalltag nur selten erwerben, wenn nicht neue Formen wie das »Lernen durch Engagement« eingeführt werden. Diese Lernform verknüpft Inhalte des Unterrichts mit der Durchführung eines konkreten Projekts, bei dem sich die Schülerinnen und Schüler mit einem realen Problem ihrer Stadt, Gemeinde oder ihres Wohnviertels beschäftigen und dabei die Federführung übernehmen. Analysen zur Verschmutzung lokaler Gewässer werden Teil des Biologieunterrichts, die Entwicklung von Experimenten für Kindergartenkinder zum Mittelpunkt des Physikunterrichts. Ethik oder Religion sind der Ausgangspunkt für Projekte zur sozialen Gerechtigkeit. Musik, Kunst, Deutsch oder Sozialkunde werden zum Anlass für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Hierdurch erleben Kinder und Jugendliche die sie umgebende Gesellschaft, erkunden soziale Sphären außerhalb ihres Alltags und werden so mit zentralen demokratischen Prinzipien der Solidarität, der Aushandlung von Ressourcenverteilungen und Machtfragen konfrontiert, die sie dadurch kritisch reflektieren. Sie erleben sich als aktive Gestalter »ihrer« Gesellschaft und erarbeiten sich das Fachwissen, das sie für ihre Projekte brauchen, ohne sich mit vorgegebenen Inhalten auseinanderzusetzen zu müssen.

Die Sozialwissenschaftlerinnen Anne Seifert, Sandra Zentner und Franziska Nagy (2012) zeigen in ihrem »Praxisbuch Service-Learning« die Möglichkeiten und auch die Qualitätsstandards dieser Lehr-Lernform auf. Die US-amerikanischen Studien aus der Forschergruppe um den Psychologen und Jugendforscher James Youniss, die die Wirksamkeit von Lernen durch Engagement untersuchten, kamen zu dem Ergebnis, dass Schülerinnen und Schüler davon in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Demokratiekompetenz weit über die Jugendphase hinaus profitieren (Youniss/Yates 1999).

### Bildungsferne Jugendliche profitieren von schulischen Angeboten

Für Jugendliche in Deutschland kann festgehalten werden, dass das soziale Engagement positive Wirkungen in der politischen Sozialisation Jugendlicher mit sich bringt. Wenn Heranwachsende anderen Menschen mit Unterstützungsbedarf in direktem Kontakt helfen, erleben sie eine höhere Handlungskompetenz als Gleichaltrige ohne dieses Engagement. Sie setzen sich stärker mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Rolle auseinander

»Nur selten gelingt es, durch gezielte außerschulische Programme auch bildungsferne Schülerinnen und Schüler für gemeinnützige Tätigkeit zu begeistern.«

und entwickeln auch außerhalb ihres Engagements ein stärker prosozial ausgerichtetes Verhalten. Auch ihre Fähigkeit, andere soziale Gruppen (sogenannte soziale Outgroups) differenzierter zu betrachten, verbessert sich durch ihre gemeinnützige Tätigkeit und kann als wichtige Begleitkompetenz für Toleranz und kulturelle Offenheit gesehen werden.

Vor allem Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern mit Ressourcen für freiwillige, unbezahlte Arbeit und mit Zugängen zu gemeinnütziger Tätigkeit profitieren davon. Nur selten gelingt es, durch gezielte außerschulische Programme auch bildungsferne Schülerinnen und Schüler für gemeinnützige Tätigkeit zu begeistern. So kann mit Spannung erwartet werden, welche Resultate die Einführung von »Lernen durch Engagement« bei den Migrant\*innen Jugendlichen erbringt, die von der Start-Stiftung, ein Projekt der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, unterstützt werden. In diesem Programm sollen Migrant\*innen Jugendliche nicht nur hinsichtlich ihrer akademischen Laufbahn, sondern durch gezielte Anregungen und Ermunterungen für gemeinnützige Projekte zum sozialen Engagement geführt werden.

Persönlichkeitsbildung ist ein wesentliches Bildungsziel von Schule

Da aber solche Programme außerhalb der Schule Geld kosten und gerade bildungsferne Schüler und Schülerinnen kaum erreichen, liegt der Gedanke nahe, Jugendliche für gemeinnützige Tätigkeit dort zu begeistern, wo sie ohnehin täglich sind: in der Schule. Hinzu käme der Vorteil, dass das Lernen durch Engagement in der Schule die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung mit der Aneignung von Fachinhalten verknüpft. Der Psychologe Manfred Hofer schlägt in seinem jüngsten Artikel »Persönlichkeitsentwicklung als schulisches Erziehungsziel jenseits kognitiver Kompetenzen« vor, nicht nur der kognitiven Kompetenzentwicklung, sondern vor allem der Persönlichkeitsbildung als schulischem Bildungsziel mehr Raum zu geben. Das sollte sowohl in der Bildungspraxis als auch in der Bildungsforschung gelten. Es liegt auf der Hand, dieses Bildungsziel didaktisch mittels Lernen durch Engagement umzusetzen und mit wissenschaftlichen Begleitstudien in ihren Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu beleuchten.

Im bundesweiten Schul-Netzwerk »Lernen durch Engagement«, das sich zum Ziel gesetzt hat, zivilgesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen zu stärken, sind trotz guter Gründe für diese Art des Lernens nur ein Bruchteil der Schulen vertreten. Dabei wird argumentiert, dass dafür zusätzliche Ressourcen

fehlen und die Lehrkräfte aus Zeitmangel, Überlastung und Überforderung nicht dazu kommen. Wenn gemäß der Kultusministerkonferenz Schülerinnen und Schüler ermuntert werden sollen, »für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden einzutreten« (Kultusministerkonferenz 2013), dann gibt es derzeit im Grunde keine Alternative für Schulen, als die Chancen von »Lernen durch Engagement« zu nutzen. **x**

#### DER AUTOR

**Prof. Dr. Heinz Reinders**, Diplom-Pädagoge, ist Inhaber des Lehrstuhls »Empirische Bildungsforschung« an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Entwicklungsprozesse in Kindheit und Jugend, Migrations- sowie Evaluationsforschung.

**Kontakt:** heinz.reinders@uni-wuerzburg.de

#### LITERATUR

- INTERNATIONAL ASSOCIATION FOR THE EVALUATION OF EDUCATIONAL ACHIEVEMENT (IEA; 1999): Civic Education Study. Amsterdam
- HOFER, MANFRED (2013): Persönlichkeitsentwicklung als schulisches Ziel jenseits kognitiver Kompetenzen. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, (im Druck)
- JASCHKE, HANS-GERD (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Personen – Praxisfelder. Wiesbaden
- KULTUSMINISTERKONFERENZ (2013): Demokratieverziehung. Im Internet verfügbar unter: [www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/faecher-und-unterrichtsinhalte/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieverziehung.html](http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/faecher-und-unterrichtsinhalte/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieverziehung.html) (Zugriff: 08.05.2013)
- REINDERS, HEINZ / CHRISTOPH, GABRIELA (2011): Jugend. Engagement. Politische Sozialisation. Abschlussbericht an die DFG über die erste Projektphase 2010-2011. Schriftenreihe Empirische Bildungsforschung, Band 22. Würzburg. Im Internet verfügbar unter: [http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/volltexte/2012/7177/pdf/Schriftenreihe\\_Empirische\\_Bildungsforschung\\_Band22.pdf](http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/volltexte/2012/7177/pdf/Schriftenreihe_Empirische_Bildungsforschung_Band22.pdf) (Zugriff: 25.06.2013)
- SCHNEIDER, HELMUT / STANGE, WALDEMAR / ROTH, ROLAND (2009): Kinder ohne Einfluss? Eine Studie des ZDF zur Beteiligung von Kindern in Familie, Schule und Wohnort in Deutschland 2009. Mainz
- SEIFERT, ANNE / ZENTNER, SANDRA / NAGY, FRANZISKA (2012): Praxisbuch Service-Learning: »Lernen durch Engagement« an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I+II. Weinheim
- YOUNISS, JAMES / YATES, MIRANDA (1999): Youth service and moral-civic identity. A case for everyday morality. In: Educational Psychology Review, Heft 4, S. 361–376

Weitere Informationen unter  [www.lernen-durch-engagement.de](http://www.lernen-durch-engagement.de)

# Pädagogische Strategien zur Demokratieförderung

Demokratie kann in lokalen politischen Zusammenhängen konkret erfahren werden.

Politische Teilhabeorientierung in der Lebenswelt von Jugendlichen ist hierfür ein wesentlicher Baustein.

*Von Frank Greuel, Frank König, Alexander Leistner und Stefanie Reiter*

Eine Pädagogik der Demokratieförderung speist sich überwiegend aus dem Motiv heraus, jungen Menschen gesellschaftliche, insbesondere politische Teilhabe, zu ermöglichen. Entsprechende pädagogische Maßnahmen fokussieren sich gegenwärtig stark auf lebensweltlich ausgerichtetes »Demokratielernen« im Kindes- und Jugendalter. Hierbei wird versucht, basierend auf Partizipationserfahrungen im unmittelbaren Lebensumfeld junger Menschen, vorhandene Gestaltungsspielräume eines demokratisch verfassten Gemeinwesens aufzuzeigen und gleichzeitig das erforderliche Wissen und die Kompetenzen zu dessen Mitgestaltung zu vermitteln. Ein wesentliches Element ist, Heranwachsenden die Gelegenheit zu geben, im Sinne eines »Möglichkeitsraums für die Erprobung von Autonomie« (Müller 2013, S. 311), ihre Bedürfnisse und Anliegen – mit Aussicht auf Erfolg – in demokratische Interessenbekundungs- und Entscheidungsverfahren einzubringen.

Daraus erwachsen Lerneffekte, die nicht immer positiv für das »Demokratielernen« sein müssen. So kann das Zusammentreffen unterschiedlicher, sich gegebenenfalls widersprechender Einstellungen, Wünsche und Absichten in einer durch Ambivalenzen und Widersprüche geprägten Gesellschaft aufseiten der Heranwachsenden das Entstehen kognitiver Dissonanzen begünstigen (Jonas/Stroebe 1993). Das heißt, dass erlebte Enttäuschungen oder (empfundene) Nachteile, die ein junger Mensch beispielsweise wegen einer offen vertretenen Überzeugung erfährt, bearbeitet und verarbeitet werden müssen.

Schon seit mehreren Jahren werden neben einer breiten Palette schulischer, außerunterrichtlicher und außerschulischer demokratiefördernder und pädagogischer Maßnahmen bundesweit mehrere Modellvorhaben umgesetzt, die zum Ziel haben, Prozesse des »Demokratielernens« durch Maßnahmen der teilhabeorientierten Gestaltung der Lebenswelt von Heranwachsenden



den zu unterstützen. Zu nennen sind hier insbesondere die Bundesprogramme »Vielfalt tut gut« (2007–2010) und »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« (2011–2014), die mittels »Lokaler Aktionspläne« die Umsetzung kommunaler Strategien der Demokratieentwicklung fördern. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategien besteht darin, die demokratiepädagogische Arbeit mit der teilhabeorientierten Förderung lokaler demokratischer Prozesse zu verknüpfen. Die »Schulung« zur Demokratie soll gleichsam organisch mit Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung als den traditionellen »Schulen der Demokratie« (Bogumil/Holtkamp 2006) verwoben werden.

»Demokratielernen« sollte alltagsweltliche Zusammenhänge berücksichtigen

Die Evaluationsergebnisse der »Vielfalt-« und »Toleranz-Programme« zeigen allerdings, dass Kommunen insbesondere für Heranwachsende nicht von selbst zu Lernorten für das kritisch-reflexive Einüben situationsangemessener demokratischer Verfahren werden. Vor allem die aktive Einbeziehung Jugendlicher in die etablierten oder im Rahmen der genannten Programme eigens geschaffenen demokratisch-repräsentativen Diskurs- und Entscheidungsstrukturen stellt eine stetige Herausforderung dar.

Besonders prekäre Resultate ergeben sich dann, wenn pädagogisch vermittelte, positive Teilhabeerfahrungen in den unmittelbaren alltagsweltlichen Lebenszusammenhängen (wie zum Beispiel in der Schule oder in der Jugendarbeit) durch enttäuschende Erfahrungen mit dem politischen System auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung konterkariert werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die partizipative Willensbildung aus Sicht der »Entscheidungsunterworfenen« nicht in effektive gesellschaftspolitische Lösungen mündet und sich demokratiebezogene Lernerfahrungen aus dem Nahraum nicht unmittelbar auf das Handeln, beispielsweise in kommunalen Kontexten, übertragen lassen. Zwar existieren insbesondere im Bereich der politischen Bildung didaktische Ansätze, Heranwachsende mit der Gestalt und den Funktionslogiken der verschiedenen Ebenen des politischen Systems vertraut zu machen, diesen mangelt es jedoch nicht selten an einer sinnvollen Abstimmung mit den Maßnahmen des »Demokratielernens« (so auch Gaiser/Krüger/de Rijke 2011).

Aus den Projekten zur pädagogischen Demokratieförderung, die von der Außenstelle des DJI in Halle wissenschaftlich begleitet werden, lassen sich erste konzeptionelle Ansätze gewinnen, um Teilhabeerfahrungen und »Systemerfahrungen« miteinander abzustimmen. So hat zum Beispiel eines der dort untersuchten Projekte vier Module der pädagogischen Arbeit mit Heranwachsenden entwickelt, mit denen sowohl Fragen des »Demokratielernens« als auch der politischen Bildung in lokalen Kontexten thematisiert werden können.

Die Module zielen auf die Entwicklung demokratischer Kompetenzen entlang der vier Themen »Vergangenheit«, »Werte«, »Ordnung« und »Zukunft«. Ausgangspunkt ist dabei, dass demokratische Systeme als historisch er- und umkämpft begriffen werden. Ihre Errungenschaften sind immer wieder aufs Neue zu bekräftigen, was auch bedeutet, dass ihre Strukturen und Verfahren immer wieder neu ausgehandelt werden müssen.

Auf der Basis selbst erarbeiteter Materialien zu den einzelnen Modulen werden situationsbezogenen Möglichkeiten geschaffen, innerhalb derer sich Jugendliche mit den Fragen demokratischer Verfahren und Strukturen auseinandersetzen können.

Dabei thematisiert das erste Modul »Vergangenheit« die Fragilität von Demokratien. Um dies nicht zu abstrakt werden zu lassen, wird dieses Thema anhand der jeweiligen Geschichte, aus der die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen, konkretisiert. Das zweite Modul »Werte« konfrontiert Jugendliche mit ihren eigenen Wertvorstellungen und vermittelt zugleich, welche Werte für ein respektvolles Zusammenleben wichtig sind. Ziel ist es, sich über die eigenen Wertorientierungen bewusst zu werden. Auch spielen die Region und die damit verbundenen lebensweltlich vertrauten Orientierungen eine besondere Rolle. Das dritte Modul »Ordnung« nimmt seinen Ausgang im Nachdenken darüber, welche Ordnung sich Menschen für ihr Zusammenleben am besten geben sollten. Dabei organisieren und gestalten die Jugendlichen im Rahmen von Planspielen gemeinsam ihr Zusammenleben. Damit wird auch die Möglichkeit eröffnet, die von ihnen geschaffenen Mikromodelle mit Blick auf existierende politische Entscheidungsstrukturen zu vergleichen und Vor- und Nachteile abzuwägen. Das vierte Modul »Zukunft« kann schließlich genutzt werden, um Visionen im Bereich des politischen Handelns für die Region und Handlungsoptionen zu entwickeln. Vor allem die beiden letztgenannten Module werden als gemeinsame Strukturen der Jugendpartizipation vor Ort erarbeitet. Um diese nicht im luftleeren Raum zu belassen, bedarf es der Entwicklung einer konkreten Umsetzungsstrategie, wie und mit welchen Akteuren bestehende Vertretungs- und Entscheidungsstrukturen in der Kommune jugendgerecht (um-)gestaltet werden können, um eine Brücke zwischen einer lebensweltlich orientierten »Schulung« zur Demokratie und konkreten demokratischen Strukturen und Verfahren vor Ort zu schlagen. x

---

#### DIE AUTORIN, DIE AUTOREN

**Dr. Frank Greuel, Frank König, Alexander Leistner** und **Stefanie Reiter** sind wissenschaftliche Referenten in der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« der DJI-Außenstelle Halle (Saale).

**Kontakt:** greuel@dji.de, fkoenig@dji.de, leistner@dji.de, sreiter@dji.de

#### LITERATUR

- BOGUMIL, JÖRG / HOLTkamp, LARS (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, Wiesbaden
- GAISER, WOLFGANG / KRÜGER, WINFRIED / DE RIJKE, JOHANN (2011): Jugendliche – Vergessene Adressaten der politischen Bildung? In: Frech, Siegfried / Juchler, Ingo (Hrsg.): Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung. Schwalbach/Ts.
- JONAS, KLAUS / STROEBE, WOLFGANG (1993): Kognitive Dissonanz. In: Schorr, Angela (Hrsg.): Handwörterbuch der Angewandten Psychologie, Bonn, S. 405–407
- MÜLLER, BURKHARD (2013): Plädoyer für einen gemeinsamen Erziehungsbegriff von Jugendarbeit und Schule. In: Deutsche Jugend, Heft 7–8, S. 301–313

# Mit dem Internet Politik gestalten

Das Internet ist für die meisten Jugendlichen ein nicht mehr wegzudenkendes Mittel der alltäglichen Kommunikation und Information. Auf den ersten Blick wird es für politische Aktivitäten kaum genutzt.

Verwendet man allerdings einen erweiterten Begriff von politischer Partizipation, wird deutlich, dass das Internet auch hierbei eine wichtige Rolle für Jugendliche einnimmt.

*Von Erich Sass*



Mit dem Internet hat die grundlos verzagte Jugend unserer Tage in Wahrheit eine Kulturtechnologie an der Hand, die an Schlagkraft und Demütigungspotenzial gegenüber Älteren alles übertrifft, was je eine nachwachsende Generation zur Verfügung hatte, um sich Hegemonie zu verschaffen. LSD-Erfahrung, Sit-ins und freie Liebe waren ein Nichts dagegen, was die Möglichkeit zur Inszenierung eines Epochenbruchs angeht.« Diese bemerkenswerten Sätze finden sich in einem Artikel von Jens Jessen (2013), dem Ressortleiter des Feuilletons der Wochenzeitung »Die Zeit«. Interessant ist, dass Jessen das Internet nicht nur als neue Kulturtechnologie beschreibt, die Jugendliche in ihrem Bemühen un-

terstützen könnte, eine Differenz zur Erwachsenenwelt zu erzeugen, sondern dass durch die gewählten Beispiele aus dem Protestkanon der 68er-Generation auch der direkte Vergleich zu dieser Epoche gezogen wird. Beachtenswert ist aber auch, dass die damaligen Aktionsformen nicht von Jugendlichen in den etablierten Parteien entwickelt worden sind, sondern es Protestformen waren, die sich überwiegend aus subkulturellen, gelegentlichen subversiven Milieus heraus entfaltet haben.

Ob das Internet auch junge Menschen – gedacht ist an die 12- bis 20-Jährigen – an politische Prozesse stärker heranführen kann, als dies derzeit der Fall zu sein scheint, hat somit nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Dimension. Die-

jenigen, die mit der Verbreitung des Internets zugleich einen neuen sozialen Raum entstehen sehen (Kreß 2013; Straus 2004), der zur Identitätsentwicklung und damit auch zur politischen Identität von Jugendlichen beiträgt, müssen mit der Frage konfrontiert werden, ob man hier schon von neuen sozialen Räumen sprechen kann. Sind Freundschaftspflege und »Katzen-Content« (siehe Lexikon, S. 25)

tatsächlich virtuelle Internet-Orte, die geeignet sind, einen Beitrag zur politischen Sozialisation Jugendlicher zu leisten?

Wie einschlägige Studien zeigen, haben nahezu alle Jugendlichen einen Zugang zum Netz (siehe unter anderem Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2012). Es ist fester Bestandteil ihres medialen Alltags und dient in erster Linie zur Kommunikation und zur Information, seltener zur Partizipation (Eimeren/Frees 2012). Etwaige geschlechts-, altersgruppen- und bildungsbezogene Unterschiede sind allenfalls bei der Intensität und der Art der Nutzung zu erkennen. Vor allem die jüngeren Jugendlichen nutzen das Internet, um Kontakt mit Freunden zu halten, Videos und Fotos anzuschauen, Musik zu hören oder sich Informationen für die Schule oder Ausbildung zu verschaffen. Die Beteiligung mit eigenen Beiträgen in Foren oder Blogs fällt dagegen, abgesehen vom Einstellen von Fotos oder Videos, deutlich ab (Begemann u.a. 2011; Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien 2011).

### Das Internet ermöglicht eine Beschleunigung und Verbreiterung von politischen Aktivitäten

Die Veränderungen, die das Internet in allen Bereichen des sozialen Lebens ausgelöst hat (Schmidt 2011), sind so tiefgreifend, weil es nicht nur die verschiedenen, zuvor bekannten Medien bündelt und zusammenführt, sondern auch Kommunikationsformen integriert, die bisher getrennt waren. Der persönliche Brief fließt mit gruppenbezogenen Nachrichten und Produkten der Massenkommunikation zusammen und ermöglicht so völlig neue Formen der Interaktion. Soziale Netzwerke wie Facebook machen es möglich, mit engen Freunden zu kommunizieren, Meinungen zu verbreiten, künstlerisch-kreative Tätigkeiten zu entfalten, Gruppenaktivitäten zu organisieren und am massenmedialen Geschehen der ganzen Welt teilzuhaben. Die direkte Kommunikation mit Politikerinnen und Politikern via Twitter, der Meinungs austausch in politischen Foren oder auch die Beteiligung an Online-Petitionen ermöglicht es Jugendlichen, sich sehr direkt am politischen Geschehen zu beteiligen. Die Integration aller Medien und aller

Sind Freundschaftspflege und »Katzen-Content« tatsächlich virtuelle Internet-Orte, die geeignet sind, einen Beitrag zur politischen Sozialisation Jugendlicher zu leisten?

Kommunikationsformen und vor allem die Möglichkeit der schnellen und direkten eigenen Beteiligung führt nicht nur zu einem Mehr an Information, Kommunikation und Partizipation, sondern auch zu einer neuen Qualität des gesellschaftlichen Umgangs. So sind beispielsweise Petitionen an den Deutschen Bundestag keine neue Form der politischen Beteiligung, erhalten aber in ihrer Online-Variante bei

entsprechender Unterstützung eine neue Durchschlagskraft. Die Neuen Medien eröffnen somit auch Jugendlichen neue Handlungsmöglichkeiten und Handlungsräume, die frühere Generationen nicht gekannt haben.

### Internetnutzung führt nicht zwangsläufig zu mehr politischer Beteiligung

Einschlägige Studien bestätigen zwar in schöner Regelmäßigkeit die Bedeutung des Netzes als Ort der Kommunikation, der Unterhaltung und auch der Information für Jugendliche (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2012), als Werkzeug für politische Teilhabe wird es vom Großteil der Jugendlichen aber sehr viel seltener benutzt. Nach den Befunden der vom Forschungsverbund DJI/TU Dortmund durchgeführten Studie zur Bedeutung des Internets für politisches Engagement bei Jugendlichen ist Euphorie keineswegs angebracht (Begemann u.a. 2011).

Danach nutzten nur 9 Prozent der befragten 13- bis 20-Jährigen das Internet für politische Aktivitäten. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die aktuelle JIM-Studie 2012 (Jugend, Information, (Multi-)Media), die mit einem sehr weit gefassten Partizipationsbegriff operiert: Dazu zählen alle Web 2.0-Aktivitäten wie zum Beispiel das Einstellen von Texten, Fotos, Videos, das Verfassen von Weblogs und Wikipedia-Einträgen oder das Erstellen von Podcasts und Twitter-Nachrichten. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass nur 22 Prozent aller 12- bis 19-Jährigen derartige Aktivitäten häufiger ausüben.

Die wiederholt geäußerte Einschätzung, dass das Internet zum echten Beteiligungs-Medium werde, muss deshalb stark eingeschränkt werden. So resümieren die Verfasserinnen und Verfasser der repräsentativen JIM-Studie: »Dass sich das Internet für Jugendliche zu einem echten »Mitmach-Medium« entwickelt hat, kann auch im Jahr 2012 nicht bestätigt werden« (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2012, S. 38). Auch die ARD/ZDF-Onlinestudie 2012 kommt zu ähnlichen Ergebnissen und nennt die »Generation Netz« einen »Mythos« (Eimeren/Frees 2012). Ob dies am vielfach

beklagten Desinteresse der Jugendlichen am Parteiensystem und den Ritualen herkömmlicher Politik liegt (Kelle 2012; Hanns-Seidel-Stiftung 2013) oder vielleicht an mangelnden Fähigkeiten, das Netz hierfür aktiv zu nutzen, bleibt eine zu klärende Frage.

Um einzelne Befunde bewerten zu können, muss berücksichtigt werden, dass in der Forschung unterschiedliche Begriffe von politischer Partizipation und internetbezogener Teilhabe verwendet werden. Definitionen, die zu eng gefasst werden, können leicht den Blick für neue Entwicklungen verstellen. Dementsprechend geht der Hamburger Kommunikationswissenschaftler Jan Schmidt in einer Expertise für den Forschungsverbund DJI/TU Dortmund (Schmidt 2012) zunächst von einem weit gefassten Begriff von politischer Partizipation aus, der auch das Engagement in Vereinen, Initiativen und anderen bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen miteinschließt. Schmidt unterscheidet drei Varianten internetbezogener Teilhabe: »ob sie (a) innerhalb onlinebasierter Kommunikationsräume stattfindet, ob (b) das Internet als Instrument für die Teilhabe an »außerhalb« des Netzes liegenden Zusammenhängen genutzt wird oder ob (c) das Internet selbst Gegenstand von Teilhabe und Mitsprache ist« (ebd., S. 7). Schmidt verweist darauf, dass auch die virtuelle Teilhabe an den netztypischen Kommunikationsstrukturen in der Regel eine Rückbindung in der realen Welt hat. Auch der sogenannte Lurker (Internet-Schleicher, siehe Lexikon), der sich im Internet nur passiv-rezipierend verhält, erschließt sich Informationen und eignet sich Wissen an. Dieses Verhalten kann durchaus als eine (wenn auch sehr niedrigstufige) Form von Partizipation betrachtet werden.

#### LEXIKON

**Liken:** Auf Facebook, aber auch auf anderen Internet-Seiten, kann der »Gefällt mir«-Button angeklickt werden. Dadurch signalisiert die Surferin oder der Surfer, dass ihr oder ihm eine Homepage, ein Bild oder auch ein Kommentar gut gefällt.

**Lurker:** Bezeichnet in abwertender Weise eine Person, die im Internet herumschleicht (engl. = to lurk) und Software, Musik, Filme und Informationen nutzt, selbst aber nichts zur Verfügung stellt und auch an Diskussionen nur mitlesend, aber nicht aktiv teilnimmt.

**Katzen-Content:** Bezeichnet ursprünglich alle Internetseiten, die etwas mit Katzen zu tun haben. Inzwischen wird der Begriff in herabsetzender Weise für Homepages verwendet, deren Inhalte als belanglos empfunden werden.



So gesehen bietet das Internet jungen Menschen viele Möglichkeiten, sich einzubringen oder andere zu aktivieren. Es hängt also vom jeweiligen Partizipationsverständnis ab, ob bereits das »Liken« (siehe Lexikon) und Weiterleiten von Inhalten auf Facebook oder das Twittern als partizipatives Handeln angesehen wird oder ob erst aktive Artikulationsformen, wie das Verfassen von Weblogs oder die Beteiligung an Online-Petitionen, als politische Partizipation einzuordnen sind. Teilhabe am Internet kann bedeuten, sich selbst zu beteiligen an der Entwicklung der Technik (zum Beispiel Open-Source-Bewegungen, die ihre Software gratis anbieten) oder von Inhalten (wie im Online-Portal Wikipedia), aber auch, sich im Bereich der Netzpolitik, beispielsweise in den Bereichen Datenschutz, Netzneutralität oder Leistungsschutzrecht, zu engagieren.

Das Internet verändert den kulturellen Hintergrund des Aufwachsens

Begreift man politische Sozialisation außerdem als einen Prozess, in dem Jugendliche sich kontinuierlich ihre Lebenswelt erschließen, ihren Teil an der Welt einfordern und sich Räume aneignen, die real oder virtuell sein können, wird die Richtung deutlich, in die zukünftige Studien zur politischen Sozialisation im, mit dem und durch das Internet gehen sollten. Individuelle Raumeignung ist mit der Entwicklung von Standpunkten und somit auch mit Abgrenzungen verbunden. Sie bedeutet eine Auseinandersetzung mit sich selbst, mit anderen Menschen, mit Strukturen und Sachverhalten. Auf der gesell-

schaftlichen Ebene tragen derartige Aneignungsprozesse auch dazu bei, sich mit politisch-demokratischen Strukturen auseinanderzusetzen und diese zu festigen.

Wenn politische Sozialisation nicht nur als Beitrag zum Erhalt von (partei-)politischen Organisationen in der Demokratie aufgefasst werden soll, sondern ebenso andere Formen der gesellschaftlichen Partizipation (zum Beispiel »Neue Soziale Bewegungen« oder freiwilliges Engagement) eingeschlossen werden müssen, stellt sich für junge Menschen immer wieder die Frage, wo sie den notwendigen Erprobungs- und Gestaltungsraum für politische Aneignungsprozesse finden. Das Internet spielt hierbei mit Sicherheit eine prominente Rolle, und es wird von erheblicher Bedeutung sein, wie solche Partizipations- und Aneignungsprozesse von Jugendlichen gestaltet und verändert werden.

Ob das Netz wirklich geeignet ist, die im Eingangszitat angesprochenen »epochalen Umbrüche« zu erzeugen, muss dennoch mit Skepsis beobachtet werden. Wir wissen zu wenig über den Einfluss des Internets auf die Prozesse des Aufwachsens. Und wir haben auch nur fragmentarische Erkenntnisse darüber, wie es von Jugendlichen genutzt wird, um sich bei-

spielsweise vom Elternhaus zu lösen, ihre Geschlechterrolle zu finden, Zukunfts- und Berufsperspektiven zu entwickeln und – für diesen Kontext besonders wichtig – ein eigenes System von Moral- und Wertvorstellungen und damit politischer Identität aufzubauen.

Die sogenannte Netzgemeinde – vom Blogger bis zu den Aktivistinnen und Aktivisten der »Piratenpartei Deutschland« – und ihre politischen Aktivitäten sind bislang kaum von Jugendlichen geprägt. Auch wenn deren Protagonisten sich jugendlich geben: Unter 20-Jährige sind hier selten zu finden. So beklagte jüngst Sascha Lobo, wohl einer der bekanntesten Internet-Blogger, die fehlenden Verbindungen seiner Altersgruppe – der über 30-Jährigen – zur »Generation YouTube« (Lobo 2013). Maßgeblich von

Die sogenannte Netzgemeinde und ihre politischen Aktivitäten sind bislang kaum von Jugendlichen geprägt. Auch wenn deren Protagonisten sich jugendlich geben: Unter 20-Jährige sind hier selten zu finden.

Jüngeren geprägt waren die politischen Bewegungen der 68er-Generation bei näherer Betrachtung allerdings auch nicht. Welche jugendlichen Subkulturen und Szenen das Netz erzeugt, welche Bedeutung solche Gruppen für Jugendliche haben und welche gesellschaftliche Veränderungskraft sie letztlich entfalten, wird wohl zukünftig eine spannende Frage für die Jugendforschung bleiben. **x**

## DER AUTOR

Der Soziologe **Erich Sass**, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilliges Engagement, Kulturelle Jugendbildung und Medien.

**Kontakt:** [esass@fk12.tu-dortmund.de](mailto:esass@fk12.tu-dortmund.de)

## LITERATUR

- ↗ BEGEMANN, MAIK CARSTEN / BRÖRING, MANFRED / DÜX, WIEBKEN / SASS, ERICH (2011): Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0. Endbericht. Im Internet verfügbar unter: [www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Engement/Abschlussbericht\\_Engagement\\_2\\_0.pdf](http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Engement/Abschlussbericht_Engagement_2_0.pdf) (Zugriff: 21.05.2013)
- ↗ BUNDESVERBAND INFORMATIONSWIRTSCHAFT, TELEKOMMUNIKATION UND NEUE MEDIEN (BITKOM; 2011): Jugend 2.0. Eine repräsentative Studie zum Internetverhalten von 10- bis 18-Jährigen. Berlin
- ↗ HANNS-SEIDEL-STIFTUNG (Hrsg.; 2013): Jugend, Internet und Politik in Bayern. Neue Chancen und Ansätze für die Kommunikation zwischen Politik und jungen Wählern. Ergebnisse einer repräsentativen telefonischen und einer Online-Untersuchung bei jungen Menschen in Bayern. München
- ↗ JESSEN, JENS (2013): Warum so verzagt? Eine Antwort auf Anita Blasbergs Essay über die Macht der Alten. Im Internet verfügbar unter:

- [www.zeit.de/2013/18/demografie-babyboomer-replik](http://www.zeit.de/2013/18/demografie-babyboomer-replik) (Zugriff: 21.05.2013)
- ↗ KELLE, BIRGIT (2012): Jung, vernetzt, uninformatiert. Im Internet verfügbar unter: [www.theeuropean.de/birgit-kelle/11995-politisches-interesse-bei-jugendlichen](http://www.theeuropean.de/birgit-kelle/11995-politisches-interesse-bei-jugendlichen) (Zugriff: 21.05.2013)
- ↗ KRESS, JENNIFER (2013): Zum Funktionswandel des Sozialraums durch das Internet. Im Internet verfügbar unter: [www.sozialraum.de/zum-funktionswandel-des-sozialraums-durch-das-internet.php](http://www.sozialraum.de/zum-funktionswandel-des-sozialraums-durch-das-internet.php) (Zugriff: 08.07.2013)
- ↗ LOBO, SASCHA (2013): Unsere Mütter, unsere Fehler. Im Internet verfügbar unter: <http://saschalobo.com/2013/03/22/unsere-muetter-unsere-fehler/> (Zugriff: 21.05.2013)
- ↗ MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBUND SÜDWEST (2012): JIM 2012. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart
- ↗ SCHMIDT, JAN (2011): Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz
- ↗ SCHMIDT, JAN (2012): Politische Sozialisation und Partizipation von Jugendlichen im Internet. Hamburg
- ↗ STRAUS, FLORIAN (2004): Soziale Netzwerke und Sozialraumorientierung. Gemeindepsychologische Anmerkungen zur Sozialraumdebatte. München
- ↗ EIMEREN, BIRGIT VAN / FREES, BEATE (2012): 76 Prozent der Deutschen Online – neue Nutzungssituation durch mobile Endgeräte. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2012. In: Media-Perspektiven, Heft 7-8, S. 362–379

# Politische Orientierungen und politische Partizipation im EU-Vergleich

Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen interessieren sich nicht nur sehr viel stärker für Politik, sie sind auch zufriedener mit dem demokratischen System. Im EU-Vergleich zeigen sich dennoch deutliche Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft, der Demokratiezufriedenheit oder der Protestbereitschaft.

*Von Martina Gille und Ursula Hoffmann-Lange*

In diesem Dossier werden ausgewählte Ergebnisse zu den politischen Orientierungen und zur politischen Partizipation junger Menschen in Deutschland dargestellt. Dabei wird ein vergleichender Ansatz gewählt: Zum einen werden die Daten für die Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen mit zwei älteren Altersgruppen (31 bis 60 Jahre sowie 61 Jahre und älter) und zum anderen mit den entsprechenden Altersgruppen in allen erfassten EU-Ländern und der Türkei verglichen. Für die Analysen wurde auf die Daten des »European Social Survey« (ESS) zurückgegriffen (siehe Infokasten, S. 28). Dieser zeichnet sich durch eine hohe Datenqualität und relativ große Fallzahlen aus. Für den vorliegenden Vergleich wurden in den teilnehmenden Ländern bereits Bewohnerinnen und Bewohner ab 15 Jahren einbezogen. Das hat den Vorteil, dass bei der Datenerhebung die Altersgruppe der bis einschließlich 30-Jäh-

rigen etwas stärker vertreten ist, als dies in anderen repräsentativen Bevölkerungsumfragen der Fall ist.

---

NEBEN DEM LEBENSALTER  
BEEINFLUSST VOR ALLEM DAS  
FORMALE BILDUNGSNIVEAU DIE  
POLITISCHEN ORIENTIERUNGEN  
UND VERHALTENSWEISEN  
DER MENSCHEN.

---

Die Entscheidung, dass die Türkei in den Vergleich einbezogen wurde, hat verschiedene Gründe: Zum einen ist die Demokratie in der Türkei noch nicht so gefestigt wie in den übrigen europäischen Ländern. Weiterhin ist die Türkei ein islamisches Land und gehört damit einem anderen Kulturkreis an als die übrigen

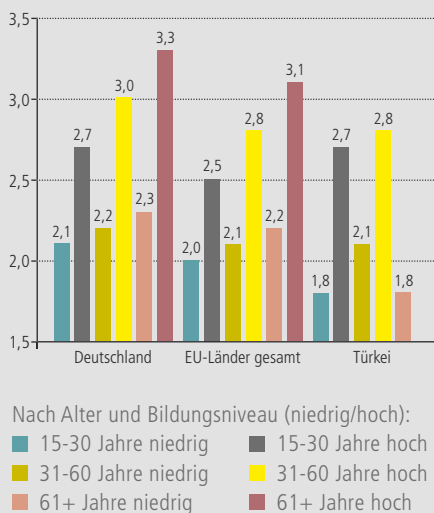
am ESS teilnehmenden Länder. Schließlich ist sie auch Herkunftsland der größten Gruppe von Immigrantinnen und Immigranten in Deutschland. Insofern können die Ergebnisse zeigen, inwieweit sich der unterschiedliche politisch-kulturelle Hintergrund auch in unterschiedlichen politischen Orientierungen und einem anderen politischen Partizipationsverhalten der (jungen) türkischen Bürgerinnen und Bürger niederschlägt.

Neben dem Lebensalter beeinflusst vor allem das formale Bildungsniveau die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Menschen. Die Ergebnisse sind deshalb nach Alters- und Bildungsgruppen aufgeschlüsselt, wobei auf Angaben zur mittleren Bildungsgruppe, deren Werte fast durchweg dazwischen liegen, verzichtet wird.

Zwar haben Untersuchungen zur politischen Kultur immer wieder deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede ergeben. Diese sind jedoch für die hier unter-

### 1) Das politische Interesse

Die Befragten ordnen sich auf einer Skala mit vier Werten von politisch »überhaupt nicht interessiert« (1) bis politisch »sehr interessiert« (4) ein (Mittelwert nach Alter und Bildungsniveau). Je höher der Mittelwert, desto größer ist das politische Interesse.



Quelle: European Social Survey kumuliert 2002-2010  
In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

suchten grundlegenden politischen Orientierungen und Verhaltensweisen weit weniger ausgeprägt als die zwischen den Bildungsgruppen, so dass in dieser Überblicksdarstellung auf deren gesonderte Ausweisung verzichtet wird. Exemplarisch wird auf die Bedeutung von Geschlechterdifferenzen beim politischen Interesse eingegangen.

Politisches Interesse hängt stärker vom Bildungsniveau ab als vom Alter

Schaubild 1 gibt die Mittelwerte für das politische Interesse wieder. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bildungs- und den Altersgruppen: Bei den Altersgruppen sind die Unterschiede bei den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau (ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss) am wenigsten stark ausgeprägt. Dafür zeigen sich aber deutliche Unterschiede bei den Befragten mit hohem Bildungsniveau (Abschlüsse, die höher liegen als eine duale Berufsausbildung, etwa Abschlüsse an Fachschulen, Fachhochschulen oder Universitäten).

Die Werte für die Altersgruppe der über 60-Jährigen mit hohem Bildungsniveau liegen sowohl in Deutschland als auch im Durchschnitt der EU-Länder deutlich über denen der jüngeren Kohorten mit einem tertiären Bildungsabschluss. Obwohl es auf der individuellen Ebene einen deutlichen Zusammenhang von Bildungsniveau und politischem Interesse gibt und in vielen europäischen Ländern das Bildungsniveau der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten beträchtlich angestiegen ist, bedeutet dies nicht, dass das politische Interesse der Bevölkerung insgesamt ansteigt. Hier zeigen sich vielmehr Nivellierungseffekte, das heißt, mit zunehmender Bildungsexpansion nimmt die relative Bedeutung höherer Bildung für das politische Interesse ab.

Die Ergebnisse bestätigen auf einer breiten Datenbasis die große Bedeutung formaler Bildung für die politischen Orientierungen. Das Interesse an politischen Fragen ist letztlich die fundamentale Voraussetzung dafür, sich aktiv in Politik einzumischen und auch bestimmte politische Positionen in und über die Gesell-

## Der European Social Survey (ESS)

Der ESS ist eine seit 2002 im zweijährigen Turnus durchgeführte repräsentative Bevölkerungsumfrage, die die Lebensbedingungen sowie die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern zu sozialen und politischen Fragestellungen in europäischen Ländern, einschließlich Israel und der Türkei, untersucht. Sie ist die Datenbasis der in diesem Artikel präsentierten Ergebnisse. Die Gesamtzahl der teilnehmenden Länder hat über die Jahre von ursprünglich 22 auf 31 in der vierten Befragungswelle zugenommen, wobei jedoch einzelne Länder aus finanziellen Gründen nicht an allen Erhebungen teilnehmen konnten. Die Türkei hat sich beispielsweise nur an der zweiten und vierten Erhebungswelle beteiligt. Deutschland war in allen fünf Runden des ESS vertreten. Im ESS kommt ein Kernfragebogen zur Erhebung zentraler sozialwissenschaftlicher Indikatoren zum Einsatz, der durch wechselnde Schwerpunktthemen ergänzt wird. Grundgesamtheit ist die Wohnbevölkerung ab 15 Jahren.

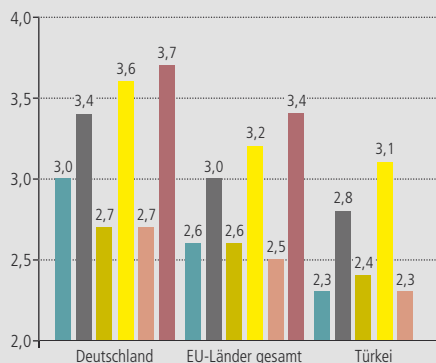
Um eine hinreichende Fallzahl für die Aufschlüsselung von Untergruppen zu gewährleisten, wurde der kumulierte Datensatz der ersten fünf Befragungs-Wellen genutzt. Die Gewichtung des gepoolten Datensatzes erfolgte nach den Vorgaben von Matthias Ganninger (2007). Für die Berechnung der EU-Durchschnittswerte wurden lediglich die 27 EU-Länder berücksichtigt. Allerdings haben an den ersten fünf Erhebungsrunden des ESS Litauen, Lettland, Malta und Rumänien nicht teilgenommen. Der gepoolte Datensatz umfasst für Deutschland 14.487 Befragte (davon: 2.867 im Alter von 15 bis 30 Jahren), für die Türkei 4.272 Befragte (davon: 1.566 im Alter von 15 bis 30 Jahren), für die EU insgesamt 188.125 Befragte (davon: 40.791 im Alter von 15 bis 30 Jahren). Die verwendete Bildungsvariable basiert auf der internationalen Bildungsklassifikation »International Standard Classification of Education« (ISCED). Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.europeansocialsurvey.org](http://www.europeansocialsurvey.org)

## DIE DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT IN DEUTSCHLAND BEWEGT SICH TRADITIONELL AUF MITTLEREM NIVEAU. SIE IST IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN ETWAS GERINGER ALS IN DEN ALTEN.

schaft zu entwickeln. In Prozentwerten ausgedrückt lassen sich die Unterschiede noch besser veranschaulichen als beim Vergleich der Mittelwerte. In der Gruppe der über 60-Jährigen mit hohem Bildungsniveau geben in Deutschland 88,5 Prozent der Befragten an, sich für Politik zu interessieren, während es in der jüngsten Gruppe mit niedrigem Bildungsniveau nur 27,9 Prozent sind (die Prozentuierung bezieht sich auf die Ant-

### 2) Die politische Urteilsfähigkeit

Die Befragten ordnen sich auf einer Skala mit fünf Werten von »es fällt mir sehr schwer, mir über politische Themen eine Meinung zu bilden« (1) bis »es fällt mir sehr leicht« (5) ein. Je höher der Mittelwert, desto leichter fällt den Befragten, sich eine Meinung über politische Themen zu bilden (Mittelwert nach Alter und Bildungsniveau).



Nach Alter und Bildungsniveau (niedrig/hoch):  
 ■ 15-30 Jahre niedrig ■ 15-30 Jahre hoch  
 ■ 31-60 Jahre niedrig ■ 31-60 Jahre hoch  
 ■ 61+ Jahre niedrig ■ 61+ Jahre hoch

Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010  
 In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

wortkategorien »sehr interessiert« und »interessiert« an Politik). Aber die Werte für die jüngste Gruppe mit hohem Bildungsniveau bleiben mit 42,6 Prozent gegenüber den 88,5 Prozent deutlich hinter der Gruppe der über 60-Jährigen zurück.

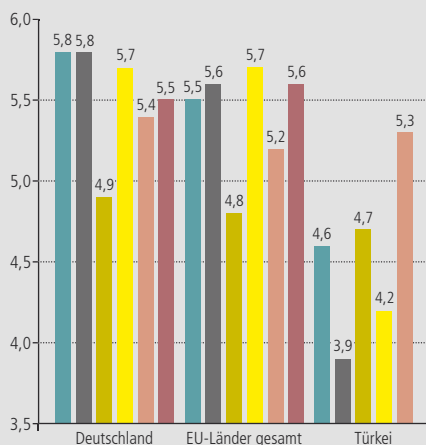
Auch bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. In allen Befragungsgruppen liegen die Werte für Frauen etwa 10 Prozent unter denen der männlichen Vergleichsgruppe. Dies ist ein im internationalen Vergleich vielfach festzustellendes Phänomen, das sich durch die Gleichstellung und die zunehmende Angleichung der Bildungschancen zwischen den Geschlechtern erst allmählich abschwächt. Wie stark das politische Interesse durch tradierte Geschlechtsrollen geprägt wird, lässt sich am Beispiel der Türkei ablesen: Hier sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch sehr viel ausgeprägter als in anderen EU-Ländern. Die Unterschiede in den Anteilswerten von denjenigen, die ein großes politisches Interesse bekunden, betragen dort in der ältesten Gruppe 21,7 Prozent (20,8 Prozent bei den Frauen zu 42,5 Prozent bei den Männern) und in der jüngsten Altersgruppe immer noch 17,2 Prozent (29,9 Prozent zu 47,1 Prozent).

### Geringes Bildungsniveau führt zu geringer politischer Urteilsfähigkeit

Schaubild 2 gibt die Selbsteinschätzung des Verständnisses für politische Fragen wieder. Es bestätigt im Hinblick auf die Effekte von Alter und Bildung die Ergebnisse von Schaubild 1: Den Befragten der jüngeren Altersgruppen, die über geringere Bildungsressourcen verfügen und sich kaum für Politik interessieren, fällt es schwerer, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden, als Älteren und höher gebildeten jungen Menschen. In Deutschland ist zudem ein klarer Zusammenhang zwischen verschiedenen Aspekten erkennbar, die ein »Sich-Beschäftigen« mit Politik beschreiben: dem Interesse an politischen Fragen, der subjektiven politischen Kompetenz, der hohen Bedeutung von Politik für das persönliche

### 3) Die Demokratiezufriedenheit

Die Befragten ordnen sich auf einer Skala mit elf Werten von »ich bin äußerst unzufrieden, wie die Demokratie in meinem Land funktioniert« (0) bis »äußerst zufrieden« (10) ein (Mittelwert nach Alter und Bildungsniveau). Je höher der Mittelwert, desto höher ist die Zufriedenheit mit der Demokratie.



Nach Alter und Bildungsniveau (niedrig/hoch):  
 ■ 15-30 Jahre niedrig ■ 15-30 Jahre hoch  
 ■ 31-60 Jahre niedrig ■ 31-60 Jahre hoch  
 ■ 61+ Jahre niedrig ■ 61+ Jahre hoch

Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010  
 In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

Leben und schließlich das »Sich-Informieren« über Politik (Gaiser u.a. 2009; Schneekloth 2010).

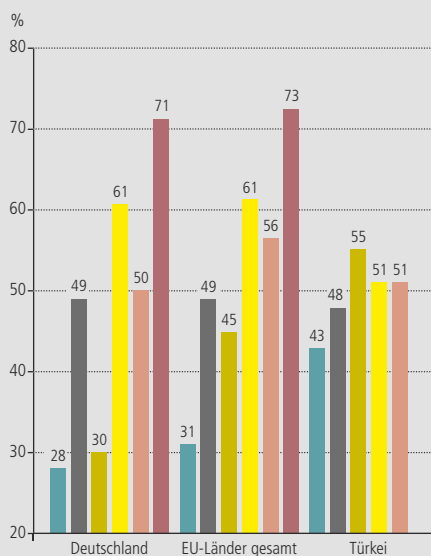
Folgt man den bisherigen Forschungsergebnissen, so liegt die Zufriedenheit der Menschen mit der Demokratie in den EU-Ländern auf unterschiedlich hohem Niveau. Die Demokratiezufriedenheit in Deutschland bewegt sich traditionell auf mittlerem Niveau (siehe Schaubild 3). und ist in der jüngeren Vergangenheit stabil gewesen. Die Demokratiezufriedenheit in den neuen Bundesländern ist etwas geringer als in den alten. Ein gleichbleibend hohes Niveau der Demokratiezufriedenheit zeigt sich seit Jahrzehnten bei den skandinavischen Ländern, während einige südeuropäische Länder, beispielsweise Italien, schon immer ein sehr niedriges Niveau der Demokratiezufriedenheit aufgewiesen haben (Gabriel 2008). >

Sowohl in Deutschland als auch im EU-Durchschnitt zeigt sich eine deutlich geringere Demokratiezufriedenheit der Befragten mit niedriger und mittlerer Bildung (Abschluss an einer berufsbildenden Schule oder einem Gymnasium) in der Altersgruppe der 31- bis 60-Jährigen. Ein Interpretationsversuch wäre, dass diese beiden Gruppen am ehesten zu den Modernisierungs- und Globalisierungsverlierern zählen. Ihr Einkommen ist in den letzten Jahrzehnten tendenziell gesunken, während sie gleichzeitig als Erwerbstätige die relativ größte Steuerlast tragen. Ob sich diese Vermutung empirisch bestätigen lässt, müsste durch umfassendere Datenanalysen geprüft werden.

In der Türkei liegen die Werte nicht nur deutlich niedriger als in den EU-Ländern, sondern die höher Gebildeten

#### 4) Die Parteibindung

Der Anteil der Befragten, die einer politischen Partei näher stehen als anderen Parteien (nach Alter und Bildungsniveau) (nach Alter und Bildungsniveau)



Nach Alter und Bildungsniveau (niedrig/hoch):

■ 15-30 Jahre niedrig ■ 15-30 Jahre hoch  
■ 31-60 Jahre niedrig ■ 31-60 Jahre hoch  
■ 61+ Jahre niedrig ■ 61+ Jahre hoch

Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010  
In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

sind – anders als in den EU-Ländern – auch mit der türkischen Demokratie weniger zufrieden als die Befragten mit niedriger Bildung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Regierungspartei AKP unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor allem ärmere und formal weniger gebildete Wählerinnen und Wähler anspricht, während die stärker säkular ausgerichteten höher Gebildeten der politischen Dominanz der AKP skeptischer gegenüberstehen. Auch diese Annahme kann nur durch differenziertere Analysen überprüft werden.

Schaubild 4 illustriert zum einen die in der Fachliteratur vielfach konstatierte Erosion fester Parteibindungen (Dalton 2006; Mößner 2006). Während in der jüngsten Gruppe weniger als die Hälfte der Befragten angibt, sich einer Partei besonders nahe zu fühlen, ist dieser Anteil in der ältesten Gruppe deutlich höher. Zugleich gibt es in dieser Frage aber auch einen ausgeprägten Bildungseffekt, der die vielfach geäußerte Vermutung widerlegt, es seien insbesondere die jungen und hochgebildeten Bürgerinnen und Bürger, die sich von den Parteien abwenden. Ganz im Gegenteil: In allen Altersgruppen – und zwar sowohl in Deutschland als auch im EU-Durchschnitt – sind die festen Parteibindungen bei den Befragten in der höchsten Bildungsgruppe zu finden; und zwar deutlich über dem Anteil, der sonst bei den geringer Gebildeten festzustellen ist.

Die Annahme, dass zunehmende kognitive Mobilisierung – das heißt, die wachsenden Möglichkeiten und das gestiegene Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich per Massenmedien über Politik zu informieren – der Grund für sehr lose oder kaum vorhandene Parteibindungen sei, ist also unzutreffend. Unübersehbar ist – wie Schaubild 4 zeigt –, dass jüngere Menschen eine deutlich geringere Parteibindung haben. Die Abnahme der Parteibindungen dürfte eher auf die Pluralisierung der Lebensbedingungen zurückzuführen sein. Zunehmende Individualisierungs- und Pluralisierungspro-

zesse führen dazu, dass soziale Milieus erodieren und auch Parteibindungen, die früher mit bestimmten Milieus verknüpft waren, schwächer werden. Zudem sehen sich die großen Volksparteien zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass sich Menschen anders poli-

#### DIE ABNAHME DER PARTEIBINDUNGEN DÜRFTE EHER AUF DIE PLURALISIERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN ZURÜCKZUFÜHREN SEIN.

tisch engagieren – zum Beispiel in Bürgerinitiativen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Türkei weicht hier in zweierlei Hinsicht von den EU-Ländern ab: Zum einen sind dort die Unterschiede sowohl nach Alter als auch nach formalem Bildungsniveau gering. Dies bestätigt die bereits zuvor geäußerte Vermutung, dass es der AKP offensichtlich gelungen ist, die ärmeren und weniger gebildeten türkischen Bürgerinnen und Bürger in das politische System einzubinden. Die im Vergleich zu den EU-Ländern deutlich niedrigeren Anteilswerte bei den älteren Befragten dürften dagegen primär auf die schwächere Verankerung der Demokratie in der Türkei zurückzuführen sein. Da die älteren Befragten mehrere Militärrégimes erleben mussten, ist davon auszugehen, dass dies bis heute auch die Entwicklung und Stabilisierung von Parteibindungen erschwert.

Im Hinblick auf einzelne Länder entsprechen die Ergebnisse des ESS zum Vertrauen in das Parteiensystem (siehe Schaubild 5) weitgehend dem in der einschlägigen Forschung gefundenen Muster für die Demokratiezufriedenheit (Gabriel 2008). Während die beiden skandinavischen Länder die höchsten Werte für das Vertrauen in politische Parteien aufweisen, werden in Deutschland, Frankreich

und Großbritannien nur mittlere Werte erreicht. Die Türkei und Russland unterscheiden sich in dieser Frage kaum vom EU-Durchschnitt. Auch das niedrige Vertrauensniveau in Polen springt ins Auge, das sich – wie auch in den übrigen postkommunistischen Ländern Mittelosteuropas – damit erklären lässt, dass die Parteiensysteme in diesen Ländern noch nicht so gefestigt sind, wie dies in den älteren EU-Mitgliedsländern der Fall ist.

In Schaubild 5 sind die Werte für das Vertrauen in die politischen Parteien nicht nach dem Bildungsniveau aufgeschlüsselt, da in dieser Frage die länderspezifischen Ergebnisse sehr viel prägnanter sind als diejenigen nach Alter und Bildung.

Für die Wahlbeteiligung an der letzten nationalen Parlamentswahl zeigt Schaubild 6 erneut einen starken Bildungseffekt. Während die Wahlbeteiligung bei hohem formalem Bildungsniveau keine Unterschiede in den Altersgruppen zeigt, lässt

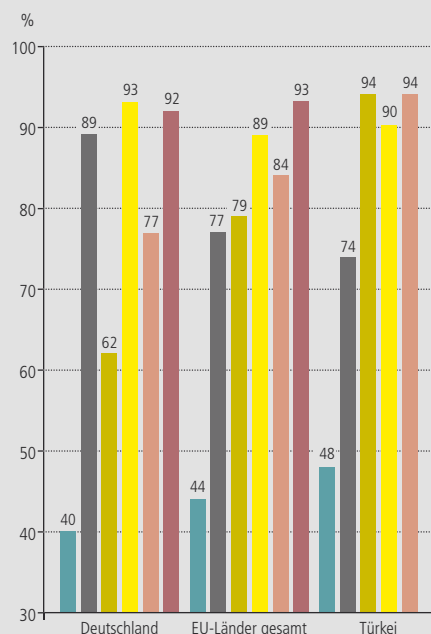
sich bei den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau ein ausgeprägter Alterseffekt feststellen. Die jungen Geringgebildeten zeigen in allen betrachteten Ländern niedrige Anteilswerte im Hinblick auf die Teilnahme an der letzten Parlamentswahl. Diese Zurückhaltung bei der Wahlbeteiligung lässt sich damit erklären, dass diese Befragtengruppe der Politik mit deutlicher Distanz begegnet. Vermutlich ist die geringere schulische und damit auch die politische Bildung der Grund dafür, dass eine stärkere Einbindung in das politische System nicht gegeben ist.

Höhere Bildung führt zu erhöhter Protestbereitschaft

In der politischen Partizipationsforschung sind es vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit hoher Bildung, bei denen eine hohe Protestbereitschaft festzustellen ist. In allen untersuchten

6) Die Teilnahme an der letzten Parlamentswahl

(Anteilswerte bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten)



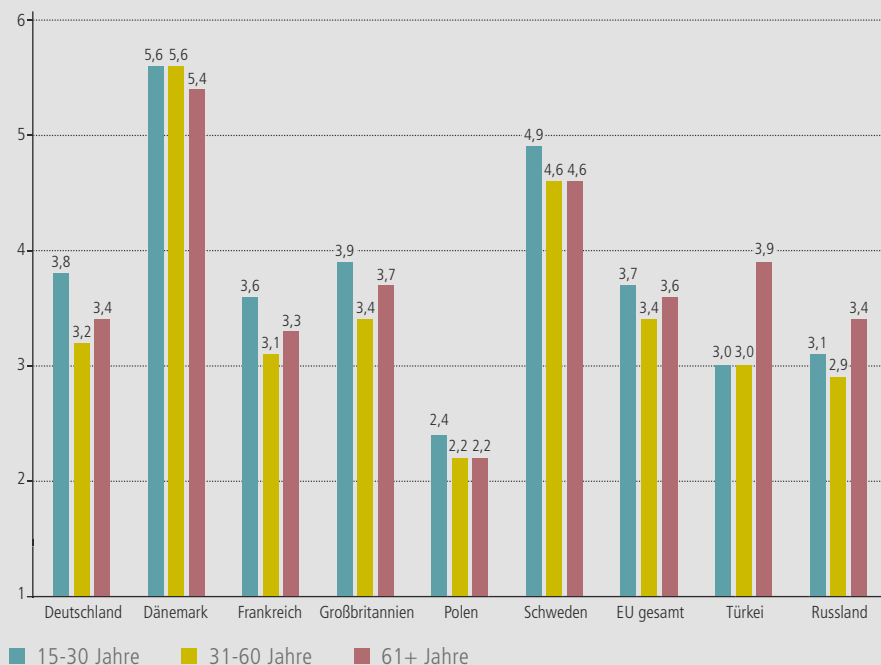
Nach Alter und Bildungsniveau (niedrig/hoch):  
 ■ 15-30 Jahre niedrig ■ 15-30 Jahre hoch  
 ■ 31-60 Jahre niedrig ■ 31-60 Jahre hoch  
 ■ 61+ Jahre niedrig ■ 61+ Jahre hoch

Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010  
 In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

Ländern liegt der Anteil der Befragten, die beim jeweiligen ESS Survey in den letzten zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen haben, bei 15 Prozent. Im Survey des Deutschen Jugendinstituts »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A) aus dem Jahr 2009 hat die Demonstrationserfahrung in dieser Gruppe in den letzten Jahrzehnten sogar auf circa 40 Prozent zugenommen (Gaiser/Gille 2012). Man muss allerdings hinzufügen, dass es bei diesem Survey vor allem um die Frage ging, ob Befragte in den letzten Jahren überhaupt an Demonstrationen teilgenommen haben. Bei den älteren Befragten mit hoher Bildung wurden denn auch hohe Werte festge-

5) Das Vertrauen in politische Parteien

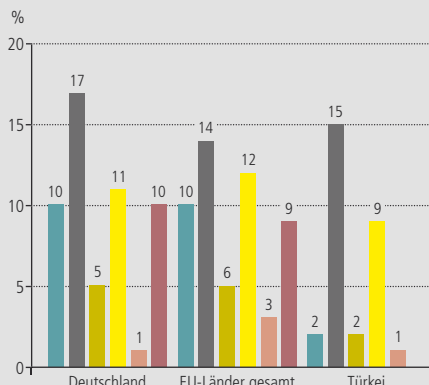
Die unterschiedlichen Altersgruppen schätzen ihr Vertrauen in politische Parteien auf einer Skala mit elf Werten von »vertraue überhaupt nicht« (0) bis »vertraue voll und ganz« (10) ein. Je höher der Mittelwert, desto größer ist das Vertrauen in die politischen Parteien.



Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010

## 7) Die Teilnahme an Demonstrationen

Der Anteil der Befragten, die sich innerhalb der vergangenen zwölf Monate an einer genehmigten Demonstration beteiligt haben, nach Altersgruppen und Bildungsniveau



Nach Alter und Bildungsniveau (niedrig/hoch):

■ 15-30 Jahre niedrig    ■ 15-30 Jahre hoch  
■ 31-60 Jahre niedrig    ■ 31-60 Jahre hoch  
■ 61+ Jahre niedrig      ■ 61+ Jahre hoch

Quelle: European Social Survey kumuliert, 2002-2010  
In der Türkei ist die Gruppe 61+ Jahre mit hohem Bildungsniveau wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

stellt, während die älteren Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau deutlich geringere Anteilswerte aufweisen. Illustrieren lässt sich dies beispielsweise daran, dass sich bei den Protesten gegen das Bahnprojekt »Stuttgart 21« in den Jahren 2011/12 überdurchschnittlich viel ältere, wohlhabende und gutgebildete Bürger engagiert haben.

Der Anteil der höher Gebildeten, die sich in der Türkei an Demonstrationen beteiligt haben, ist ähnlich hoch wie in den EU-Ländern. Die zahlreichen Demonstrationen im Sommer 2013 bestätigen dies in eindrucksvoller Weise. Es stellt sich die Frage, ob die Demonstrationsbeteiligung sich mit der objektiven Verschlechterung der Wirtschaftslage durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern erhöht hat.

Geprüft werden konnte dies für Spanien und Griechenland, wobei nur die Ergebnisse der 2010 durchgeführten Umfragen berücksichtigt wurden. Im gesamten Untersuchungszeitraum seit 2002 liegen die Anteilswerte weit über den in Schaubild 7 ausgewiesenen Durchschnittswerten für alle EU-Länder. In Spanien beträgt der Anteil derjenigen, die in den vorangegangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilnahmen, in der jüngsten Altersgruppe 20,5 Prozent, in der mittleren Altersgruppe 19,7 Prozent und in der höchsten immer noch 13,3 Pro-

zent. In Griechenland liegen die entsprechenden Werte etwas niedriger (14,7 Prozent, 10,8 Prozent und 3,9 Prozent). In beiden Ländern existiert – wie zu erwarten war – ein ausgeprägter Bildungseffekt. Bei den 15- bis 30-jährigen Befragten mit hoher Bildung gab in Spanien und Griechenland im Jahr 2010 fast ein Viertel an, an Demonstrationen teilgenommen zu haben. Diese Ergebnisse bestätigen, dass politische und/oder ökonomische turbulente Zeiten die Protestbereitschaft noch weiter in die Höhe treiben können. **x**

## DIE AUTORINNEN

**Martina Gille**, Dipl.-Soziologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des »Zentrums für Dauerbeobachtung und Methoden« des Deutschen Jugendinstituts. Sie setzt sich insbesondere mit den Themen der sozialen und politischen Partizipation sowie den Lebenszielen und Lebensentwürfen Jugendlicher und junger Erwachsener auseinander.

**Kontakt:** gille@dji.de

**Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange** ist emeritierte Professorin der Politikwissenschaft an der Universität Bamberg i.R. Sie beschäftigt sich insbesondere mit politischer Kultur, Demokratieforschung und Eliten.

**Kontakt:** ursula.hoffmann-lange@uni-bamberg.de

## LITERATUR

- DALTON, RUSSELL J. (2006): Citizen Politics. 4. Auflage. Washington (D.C.)
- GABRIEL, OSCAR W. (2008): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W. / Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. 3. Auflage. Wiesbaden, S. 181–214
- GAISER, WOLFGANG / GILLE, MARTINA (2012): Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen. In: Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel, S. 136–159
- GAISER, WOLFGANG / GILLE, MARTINA / DE RIJKE, JOHANN (2009): Jugend, Demokratie und Politik – Entwicklungen seit der deutschen Vereinigung. In: Fegert, Jörg M. / Streeck-Fischer, Annette / Freyberger, Harald J. (Hrsg.): Adoleszenzpsychiatrie. Psychiatrie und Psychotherapie der Adoleszenz und des jungen Erwachsenenalters. Stuttgart/New York, S. 32–47
- GANNINGER, MATTHIAS (2007): Weighting in the ESS cumulative data set. Final Version. Im Internet verfügbar unter: [ess.nsd.uib.no/downloadwizard/](http://ess.nsd.uib.no/downloadwizard/) (Zugriff: 16.08.2013)
- MÖSSNER, ALEXANDRA (2006): Jung und ungebunden? Parteiidentifikation von jungen Erwachsenen. In: Roller, Edeltraud / Bretschneider, Frank / Deth, Jan W. van (Hrsg.): Jugend und Politik: »Voll normal!«. Wiesbaden, S. 337–359
- SCHNEEKLOTH, ULRICH (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main, S. 129–164

# Treffpunkt Facebook

Soziale Netzwerke sind bei Jugendlichen inzwischen das wichtigste Kommunikationsmittel. Dass sie dadurch vereinsamen könnten, muss aber nicht befürchtet werden.

Von Michael Holzmayer

Soziale Netzwerke werden in erster Linie nicht dazu genutzt, neue Freunde zu finden, sondern um bereits vorhandene »Offline-Freunde« im sogenannten realen Leben auch in der »Online-Welt« zu treffen (Boyd/Ellison 2007). Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass es so zu einer Verschmelzung dieser beiden scheinbar getrennten Lebenswelten kommt (Neumann-Braun/Autenrieth 2011; Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend 2013). Ereignisse in realen Lebenswelten werden häufig online nachbesprochen, während die nächsten Party-, Konzert- oder Kinobesuche vorbesprochen und organisiert werden.

Die Daten der Studie »Medien, Kultur und Sport bei jungen Menschen« (MediKuS), die vom Deutschen Jugendinstitut und dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung durchgeführt wurde, bestätigen diese Annahme der Entgrenzung (Grgic/Züchner 2013). Demnach haben die Befragten im Alter von 9 bis 24 Jahren zu 90 Prozent Freundschaften, die sie auf Sozialen Netzwerkseiten pflegen und auch per-

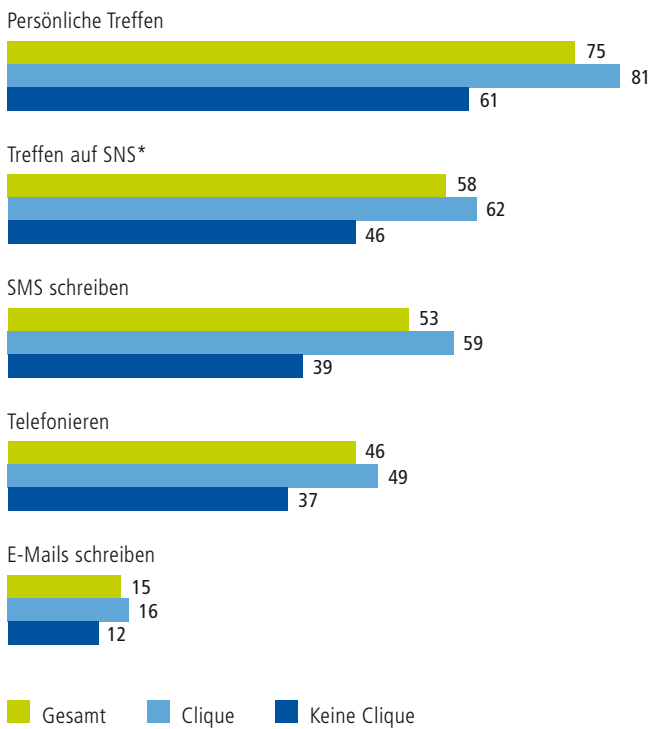
sönlich treffen. Dies zeigt, dass junge Menschen die Medien dazu nutzen, sich mit Gleichaltrigen Gruppen zu vernetzen und mit ihnen zu kommunizieren.

Mit Freunden können junge Menschen auf einer anderen Ebene Erfahrungen sammeln und Verhaltensweisen einüben, als sie dies in hierarchisch strukturierten Gruppen wie Familie oder Schule könnten (Alt/Bayer 2012). Peergroups tragen deshalb wesentlich zur Identitätsentwicklung bei. Neue Medien unterstützen diesen Prozess sowohl durch ihre nahezu ständige Verfügbarkeit als auch durch ihr attraktives Angebot: Es schafft im Leben junger Menschen neue Lebensräume, in die diese sich zurückziehen und abseits der Erwachsenenwelt ihre Persönlichkeit formen können (Süss/Hipeli 2010). Soziale Netzwerke bieten über Kommentarfunktionen und Statusmeldungen zusätzlich eine Art »Peer-Review-System«, in dem Jugendliche Identitätsentwürfe und Lebensstile austesten und Feedback von Gleichaltrigen bekommen (Neumann-Braun/Autenrieth 2011). Sie können etwa das YouTube-Video vom neuen Lieblingslied auf



» Neue Medien schaffen im Leben junger Menschen Lebensräume, in die diese sich zurückziehen und abseits der Erwachsenenwelt ihre Persönlichkeit formen können.«

### Anteil der Kommunikationsformen



\*SNS steht für »Social Network Sites« wie etwa Facebook oder Google+.

Quelle: MediKuS 2011/12; n=1.784; 13- bis 17-Jährige; Angaben in Prozent

die Pinnwand stellen, das von Freundinnen und Freunden angesehen und kommentiert wird. Dadurch entstehen halb-öffentliche Diskussionen, die zur Identitätsentwicklung beitragen.

### Soziale Netzwerke werden vor allem von Jugendlichen in Cliques benutzt

In der MediKuS-Studie wurde die Zugehörigkeit zu einer Clique als Indikator für die Vernetzung junger Menschen in Gleichaltrigengruppen verwendet. Diese Vorgehensweise hat sich bereits bei der Studie »Medienhandeln Jugendlicher« (Meister u.a. 2009) oder dem Kindersurvey (Zinnecker/Silbereisen 1996) bewährt. Als Cliques werden Gleichaltrigengruppen verstanden, die lokal begrenzt sind und sich in der Regel aus Freundinnen und Freunden aus der Schule, der Nachbarschaft oder dem Sportverein zusammensetzen (Tillmann/Vollbrecht 2006).

Im Folgenden werden die 13- bis 17-Jährigen genauer analysiert, da Soziale Netzwerke und Peers bei Jugendlichen eine wichtige Rolle für die Identitätsentwicklung spielen: 72 Prozent der Mädchen und Jungen dieser Altersgruppe fühlen sich einer Clique zugehörig. Jugendliche, die einer Clique angehören,

sind zu einem höheren Anteil täglich online (70 Prozent) als jene, die sich keiner Clique zugehörig fühlen (61 Prozent). Auch übt die Cliquenzugehörigkeit einen größeren Einfluss auf die Internetnutzung aus als andere Faktoren wie Alter, Geschlecht oder »kulturelles Kapital« im Elternhaus. So nutzen 62 Prozent der Cliquenmitglieder Soziale Netzwerke wie Facebook, Google+ oder Xing häufig, während diese nur von 46 Prozent derjenigen Jugendlichen genutzt werden, die sich keiner Clique zugehörig fühlen. Das treibende Motiv für die Nutzung von Sozialen Netzwerken ist, Kontakt mit Freunden zu haben. Motive wie Langeweile oder das Kennenlernen neuer Freunde spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.

Soziale Netzwerke bieten Möglichkeiten, die vor einigen Jahren noch undenkbar waren. Durch sie können viele Bekannte auch online erreicht und sichtbar gemacht werden. Über Facebook und andere Netzwerke ist es wesentlich einfacher, mit Freundinnen und Freunden in Verbindung zu treten, zu denen man nur selten persönlichen Kontakt hat. Ebenso lassen sich frühere Mitschülerinnen und Mitschüler wiederfinden oder »eingeschlafene« Freundschaften zu neuem Leben erwecken.

### Stärkere Mediennutzung führt nicht zur Vereinsamung Jugendlicher

Persönliche Treffen sind nach wie vor die häufigste Kommunikationsform für junge Menschen (siehe Grafik). 75 Prozent der 13- bis 17-Jährigen treffen sich »häufig« mit Freundinnen und Freunden. Die face-to-face-Kommunikation ist demnach die beliebteste Art, sich auszutauschen. Das zeigt, dass die zunehmende Mediennutzung nicht als Gefahr für die Vereinsamung junger Menschen gesehen werden kann. Es sollte deshalb weniger von »Vereinsamung durch das Internet« gesprochen werden, sondern vielmehr von »Verstärkung sozialer Beziehungen durch das Internet« und der damit verbundenen »Verwurzelung der ›Online-Welt« mit der ›Offline-Welt«. Es überrascht aber, dass Soziale Netzwerke für die Kommunikation mit Freundinnen und Freunden mittlerweile häufiger genutzt werden als SMS oder Telefonate, die bei Jugendlichen weiterhin sehr beliebt sind.

Offensichtlich findet gegenwärtig ein Bedeutungswandel der verschiedenen Kommunikationsformen statt, bei dem internetabhängige Dienste wie Soziale Netzwerke und »Instant Messaging« (Programme wie etwa »WhatsApp« oder »Skype«, mit denen sich Nutzerinnen und Nutzer gratis Kurznachrichten schicken können) herkömmliche Dienste wie SMS oder Telefonate in ihrer Wichtigkeit ablösen. Zwar werden SMS-Nachrichten voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht verschwinden, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die internetabhängige Kommunikation weiter an Bedeutung gewinnen wird. Die Gründe für diese Verschiebung in der Rangfolge liegen in der ansteigenden Verbreitung von Smartphones, den dazugehörigen Internetflattrates und den damit verbundenen

Downloads von Apps der jeweiligen Netzwerkdienste (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2012).

Viele Eltern sind besorgt, wenn ihre Kinder stundenlang vor dem Computer sitzen. Das Internet bietet viele Möglichkeiten für nicht-altersgerechte und auch gefährliche Inhalte und Kontakte. Im Zusammenhang mit negativen Erfahrungen im Internet zeigen sich große Altersunterschiede, die sich mit der stärkeren Nutzung der »Online-Welt« mit zunehmendem Alter erklären lassen. Laut einer Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) sind 6 Prozent der 10- bis 12-Jährigen und bereits 29 Prozent der 16- bis 18-Jährigen im Internet beleidigt oder belästigt worden (Bitkom 2011).

Cybermobbing ist ein Phänomen, das wegen der Anonymität und der enormen Reichweite und Schnellebigkeit des Internets für mögliche Täterinnen und Täter eine besondere Plattform bietet. Die Anonymität erleichtert auch die Kontaktaufnahme und das Arrangieren von persönlichen Treffen mit Jugendlichen. Nach den Daten der MediKuS-Studie sind in der Altersgruppe von 13 bis 17 Jahren 11 Prozent der Mädchen und 2 Prozent der Jungen sexuell belästigt worden (Holzmayer 2013).

Je mehr Medienkompetenz Jugendliche haben, desto geringer sind die Risiken

Dennoch dürfen Neue Medien nicht von Grund auf als negativ betrachtet werden. Wenn sich junge Menschen in der »Online«-Welt bewegen, sind sie – wie auch in der »Offline«-Welt – Gefahren und Risiken ausgesetzt. Aber: »Nicht das Netz als solches ist gut oder böse – allenfalls seine Inhalte« (Bege mann u.a. 2011, S. 29). Die Ergebnisse verschiedener Studien machen deutlich, dass verstärkte Aufklärungsarbeit notwendig ist, sowohl bei den Kindern und Jugendlichen als auch bei deren Eltern. Risikoreiches Verhalten im Internet, wie etwa der offene Umgang mit persönlichen Daten, ist zumeist Resultat mangelnder Medienkompetenz, die gefördert werden muss. Sowohl Jugendliche als auch Eltern sollten sich dieser Gefahren im Netz bewusst sein und über die notwendige Vorsicht und Kompetenz verfügen, um solche Risiken zu erkennen und folglich auch zu vermeiden.

Neue Medien werden nicht selten als Beziehungs- und Sozialisationsstifter gesehen (Lange/Theunert 2008). Teilweise wird sogar vermutet, dass der Einfluss der klassischen Sozialisationsinstanzen wie Familie oder Schule stark geschmälert wird und die Neuen Medien neben den Gleichaltrigengruppen ins »Zentrum aller Erziehungs- und Sozialisationsmilieus« rücken (Ferchhoff 2010, S. 192). Berücksichtigt man die Ergebnisse der MediKuS-Studie, so zeigt sich, dass Neue Medien weniger als eigenständige Sozialisationsinstanz gesehen werden können, sondern ein Kommunikationsmedium sind, durch das der Einfluss der Gleichaltrigengruppe gestärkt wird. ✕

## DER AUTOR

**Michael Holzmayer** war wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut im Projekt »Medien, Kultur und Sport« (MediKuS). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Medien und Sport in Kindheit und Jugend sowie in der Identitäts- und Sozialisationsforschung.  
**Kontakt:** michael.holzmayer@gmx.at

## LITERATUR

- ALT, CHRISTIAN / BAYER, MICHAEL (2012): Aufwachsen in Disparitäten. Zur Armut von Kindern und ihren Folgen. In: Rauschenbach, Thomas / Walter Bien (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel, S. 100–118
- BITKOM (2011): Jugend 2.0. Eine repräsentative Untersuchung zum Internetverhalten von 10- bis 18-Jährigen. Im Internet verfügbar unter: [www.bitkom.org/files/documents/bitkom\\_Studie\\_Jugend\\_2.0.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/bitkom_Studie_Jugend_2.0.pdf) (Zugriff: 06.08.2013)
- BOYD, DANAH / ELLISON, NICOLE B. (2007): Social network sites: Definition, history, and scholarship. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*, Nr. 1, Artikel 11. Im Internet verfügbar unter: [jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd\\_ellison.html](http://jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd_ellison.html) (Zugriff: 22.05.2013).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ; 2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- FERCHHOFF, WILFRIED (2010): Mediensozialisation in Gleichaltrigengruppen. In: Vollbrecht, Ralf / Wegener, Claudia (Hrsg.): *Handbuch Mediensozialisation*. Wiesbaden, S. 192–200
- GRGIC, MARIANA / ZÜCHNER, IVO (2013): Medien, Kultur und Sport. Was Kinder und Jugendliche machen und ihnen wichtig ist. Die MediKuS-Studie. Weinheim/Basel
- HOLZMAYER, MICHAEL (2013): Neue Medien im Aufwachsen junger Menschen. In: Grgic, Mariana / Züchner, Ivo (Hrsg.): *Medien, Kultur und Sport. Was Kinder und Jugendliche machen und ihnen wichtig ist. Die MediKuS-Studie*. Weinheim/Basel, S. 139–191
- LANGE, ANDREAS / THEUNERT, HELGA (2008): Populärkultur und Medien als Sozialisationsagenturen. Jugendliche zwischen souverän-eigensinniger und instrumentalisierender Subjektivierung. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, Heft 3, S. 231–242
- MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBUND SÜDWEST (MPFS) (2012): JIM-Studie 2012. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart. Im Internet verfügbar unter: [www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf12/JIM2012\\_Endversion.pdf](http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf12/JIM2012_Endversion.pdf) (Zugriff: 07.08.2013)
- MEISTER, M. DOROTHEE / MEISE, BIANCA / NEUDERT, SIEGLINDE (2009): Das Handy als Technologie sozialer Raumanneignung Jugendlicher. Empirische Befunde zum Medienhandeln Jugendlicher. In: Tully, Claus J. (Hrsg.): *Multilokalität und Vernetzung. Beiträge zur technikbasierten Gestaltung jugendlicher Sozialräume*. Weinheim/München, S. 41–58
- NEUMANN-BRAUN, KLAUS / AUTENRIETH, ULLA P. (2011): Zur Einleitung: Soziale Beziehungen im Web 2.0 und deren Visualisierungen. In: Neumann-Braun, Klaus / Autenrieth, Ulla P. (Hrsg.): *Freundschaft und Gemeinschaft im Social Web: bildbezogenes Handeln und Peergroup-Kommunikation auf Facebook & Co*. Baden-Baden, S. 9–30
- SÜSS, DANIEL / HIPELI, EVELINE (2010): Medien im Jugendalter. In: Vollbrecht, Ralf / Wegener, Claudia (Hrsg.): *Handbuch Mediensozialisation*. Wiesbaden, S. 142–150
- TILLMANN, ANGELA / VOLLBRECHT, RALF (2006): Cliques, Jugendkultur und Medien. In: *medien+erziehung. Zeitschrift für Medienpädagogik*, Heft 4, S. 22–27
- ZINNECKER, JÜRGEN / SILBEREISEN, RAINER K. (1996): *Kindheit in Deutschland. Aktueller Survey über Kinder und ihre Eltern*. Weinheim/München

## Bundesjugendkuratorium übergibt Stellungnahme an Staatssekretär Lutz Stroppe

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) empfiehlt in seiner aktuellsten Stellungnahme eine Medien- und Netzpolitik, die sich konsequent an

den Belangen junger Menschen orientiert. Unter dem Titel »Souveränität und Verantwortung in der vernetzten Medienwelt« formuliert es Anforderungen an eine kinder- und jugendorientierte Netzpolitik, die ressortübergreifend und interdisziplinär ausgerichtet werden sollte. Das BJK betont das Recht junger Menschen auf Unterstützung und Förderung, um die neuen Potenziale einer vernetzten Medienwelt ebenso selbstbestimmt wie verantwortlich zu nutzen. Medienkompetenzförderung muss aus Sicht des BJK

als gesetzlicher Regelungstatbestand begriffen werden und alle Bildungs- und Erziehungsstellen junger Menschen umfassen. Schutz- und Förderleistungen an ihren Schnittstellen aufeinander zu beziehen, schließt Familie und Kindertagesbetreuung genauso ein wie Kinder- und Jugendarbeit oder Schule. Insgesamt bedarf es eines netzpolitisch koordinierten Vorgehens, das einheitliche Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in ganz Deutschland schafft.



☞ Die Stellungnahme ist unter [www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de) erhältlich.

### TAGUNGEN

## Konferenz »Kinderrechte und die Qualität pädagogischer Beziehungen«

Die Konferenz findet vom 3. bis 5. Oktober 2013 unter der Schirmherrschaft von Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a.D., in Potsdam statt. Veranstalter sind die Universität Potsdam, das Deutsche Institut für Menschenrechte und das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung sowie das Deutsche Jugendinstitut. Für die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen ist entscheidend, ob sie es mit Pädagoginnen und Pädagogen zu tun haben, die sie anerkennen und ermutigen oder die sie demütigen und verletzen. Wohlbefinden und Lernen hängen auch davon ab, wie sehr die pädagogischen Interaktionen von responsiven oder destruktiven Handlungsmustern geprägt sind. Die Qualität pädagogischer Beziehungen ist sowohl für persönliche Erfahrungen der Lernenden und für die Verwirklichung ihrer Menschenrechte als auch für das Wohlbefinden der Lehrenden und für eine demokratische Erziehung bedeutsam. Die Potsdamer Konferenz soll auf das bisher in seiner persönlichen und gesellschaftlichen Bedeutung zu wenig beachtete Thema aufmerk-

sam machen und will alltägliche, bildungspolitische und wissenschaftliche Impulse zur nachhaltigen Verbesserung pädagogischer Beziehungen geben. Zielgruppen sind Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte aus allen pädagogischen Praxisfeldern sowie Personen aus Bildungspolitik und Wissenschaft. Die Konferenzgebühren sind – dank der Unterstützer – günstig, um die Teilnahme allen Interessierten, zum Beispiel auch Studierenden, zu ermöglichen.

Unterstützt wird die Konferenz durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Max-Traeger-Stiftung und die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

Veranstaltungsort: Universität Potsdam, Campus Griebnitzsee, Haus 6, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam

☞ Programm und Anmeldung: <http://paed-beziehung-2013.com>, Flyer und Poster können angefordert werden bei: [kinderrechte@uni-potsdam.de](mailto:kinderrechte@uni-potsdam.de)

## 15. ConSozial

Deutschlands größte Sozialmesse mit Fachkongress »ConSozial« findet am 6. und 7. November 2013 im Messezentrum Nürnberg statt. Die Messe steht unter dem Motto »Soziales unternehmen: Zwischen Grundsatz und Umsatz«. Der Informationsstand des Deutschen Jugendinstituts befindet sich in Halle 7A (Standnummer 706). Das DJI veranstaltet darüber hinaus gemeinsam mit ConSozial einen Kita-Kongress zum Thema »Zwischen Quantität und Qualität: Was Kinder brauchen«. Dabei werden aktuelle Anforderungen an päd-

gogische Fachkräfte ebenso diskutiert wie die Arbeitsbedingungen im Praxisfeld der Kindertagesbetreuung.

Veranstaltungsort: Messezentrum Nürnberg

☞ Programm und Anmeldung: [www.consozial.de](http://www.consozial.de)  
Ausführlichere Informationen zum Kita-Kongress stehen unter [www.kita-kongress.consozial.de](http://www.kita-kongress.consozial.de).



➤ **Wie entwickelt sich die Kindertagespflege in Deutschland**

Tagesmütter und -väter sind ein wichtiges Element beim Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. Das DJI begleitet die Entwicklung in der Kindertagespflege seit den 1970er-Jahren. Aktuell legt es einen Evaluationsbericht vor, in dem Befunde zum quantitativen und qualitativen Ausbau dieser Betreuungsform von 2009 bis 2012 an 160 Modellstandorten in Deutschland vorgestellt werden, mit Erkenntnissen zu regional stark variierenden Formen der Gewinnung, Vermittlung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Ebenfalls abgeschlossen sind mit dem »Kompetenzprofil Kindertagespflege« die Vorarbeiten für ein neues Qualifizierungshandbuch, das am DJI erstellt wird.

🌐 [www.dji.de//thema/1303](http://www.dji.de//thema/1303)

➤ **Der DJI-Kinder-Migrationsreport: Kinder mit fremden Wurzeln in Deutschland**

Rund ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Gleichwohl sind von diesen 90 Prozent in Deutschland geboren, 70 Prozent haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten leben in Familien mit hohem sowie mittlerem Berufs- und Bildungsniveau. Und obwohl die Mehrheit der Kinder mit Zuwanderungshintergrund nicht in Armut lebt, verfügen sie deutlich häufiger als Kinder ohne Migrationshintergrund über nur geringe kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen im Elternhaus.

🌐 [www.dji.de//thema/1305](http://www.dji.de//thema/1305)

LEHRAUFTRÄGE IM WINTERSEMESTER 2013/14

Dr. Kerstin Hein, Anna Proske

➤ **Wissenschaft Soziale Arbeit IV-Forschungsprojekt**  
Hochschule München

Tina Friederich, Dr. Regine Schelle

➤ **Pädagogik der Heterogenität und Differenz**  
Katholische Stiftungsfachhochschule München

Dr. Sabrina Hoops

➤ **Qualitative Methoden in der empirischen Sozialforschung**  
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Melanie Mengel

➤ **Gesundheit und Krankheit – Die Perspektive der Pädagogik**  
Technische Hochschule Nürnberg

Anita Meyer

➤ **Weiterbildungsmasterstudiengang »Social Work«**  
Katholische Stiftungsfachhochschule München/Benediktbeuern

Dagmar Müller

➤ **Gemeinsam zum Erfolg? Berufliche Karrieren von Frauen und Männern in Paarbeziehungen**  
Technische Universität Dortmund

Dr. habil. Uli Pötter

➤ **Semiparametrische Regression**  
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Claus J. Tully

➤ **Didaktik der Technik**  
Freie Universität Bozen

Nina Weimann-Sandig

➤ **Einführung in die Soziologie**  
Evangelische Hochschule Nürnberg

Ursula Winklhofer

➤ **Kindheit und Jugend in Deutschland**  
Ludwig-Maximilians-Universität München

PERSONELLES

➤ **Dr. Vicki Täubig**

hat den Ruf der Universität Siegen auf die Juniorprofessur für Bildungsforschung mit dem Schwerpunkt »Informelles Lernen im Jugendalter« zum 1. August 2013 angenommen.

➤ **Dr. Barbara Rink**

hat ihre Promotion mit dem Titel »Leben und Aufwachsen in marginalisierten Lebensräumen – Bewältigungsstrategien männlicher Jugendlicher. Ein deutsch-französischer Vergleich« bei Prof. Dr. Franz Hamburger im Fach Pädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz erfolgreich abgeschlossen. Die Promotion ist im Wissenschaftlichen Verlag Berlin erschienen.

➤ **Dr. Claudia Krell**

hat ihre Promotion mit dem Titel »Anonyme Geburt und Babyklappen. Adoptionsprozesse im Kontext anonymer Kindesabgabe« bei Prof. Dr. Sabine Walper im Fach Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München erfolgreich abgeschlossen. Die Promotion ist im Münchner Mensch und Buch Verlag erschienen.

LESE-TIPPS

Deutsches Jugendinstitut München (Hrsg.)

## STARTING STRONG III – Eine Qualitätstoolbox für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 474 Seiten |  Kostenlos erhältlich unter [www.dji.de/icec](http://www.dji.de/icec)

Die Publikation setzt sich mit der Qualität der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aus internationaler Perspektive auseinander. Entlang fünf politischer Ansatzpunkte und Qualitätsdimensionen (Ziele und gesetzliche Regelungen, Curricula, Fachkräfte, Einbeziehung von Familien und Gemeinwesen, Monitoring) werden Handlungsempfehlungen und praktische Beispiele zur Qualitätsentwicklung aus unterschiedlichen OECD-Ländern präsentiert. Die Toolbox will damit die Politikgestaltung im Bereich früher Bildung und Betreuung unterstützen. Mit der Herausgabe der deutschen Übersetzung von »Starting Strong III« möchte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) einen Strang der internationalen Qualitätsdebatte für die bundesdeutsche Diskussion zugänglich machen und zur Auseinandersetzung mit ihr einladen. Das internationale Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC) am DJI hat die Übersetzung der englischen Originalausgabe fachlich begleitet.



Bezug nur über den Buchhandel

Astrid Kerl-Wienecke, Gabriel Schoyerer, Lucia Schuegger

### Kompetenzprofil Kindertagespflege in den ersten drei Lebensjahren

Berlin: Cornelsen Verlag 2013 | 192 Seiten | 19,95 EUR | ISBN 978-3-589-24797-4

Die Reflexion der pädagogischen Anforderungen der Kindertagespflege im Kontext zur familialen Nähe sowie die tätigkeitsbezogenen Anforderungen der Selbstständigkeit sind die zentralen inhaltlichen Bezugspunkte dieser Studie. Die Leitfrage lautet: Über welche Kompetenzen muss eine Kindertagespflegestelle verfügen, damit ihr Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag gelingen kann? Die Studie leistet einen Beitrag zur pädagogischen und curricularen Weiterentwicklung des Feldes sowie zur Anbahnung von Voraussetzungen für die Anschlussfähigkeit der Kindertagespflege an die frühpädagogischen Anteile in den pädagogischen Berufsausbildungen. Das Kompetenzprofil Kindertagespflege kann Bildungsträgern und fachpolitisch Verantwortlichen dazu dienen, die Grundqualifizierung zu vertiefen und zu erweitern sowie die Fort- und Weiterbildung von Tagespflegepersonen weiter auszugestalten. Von den Fachdiensten kann es zur Kompetenzeinschätzung von Bewerberinnen und Bewerbern im Rahmen der Eignungsprüfung sowie als Grundlage von Entwicklungsgesprächen mit Tagespflegepersonen eingesetzt werden.

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Nora Gaupp

### Wege in Ausbildung und Ausbildungslosigkeit

Bedingungen gelingender und misslingender Übergänge in Ausbildung von Jugendlichen mit Hauptschulbildung  
Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2013 | 120 Seiten | 18 EUR | ISBN 987-3-86593-176-4 | Bezug über den Buchhandel, über die Website der Hans-Böckler-Stiftung ([www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)) oder unter der Bestellnummer 13277 bei Setzkasten GmbH Düsseldorf ([mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de))

Jugendliche und junge Erwachsene haben eine Reihe von Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, wie den Auszug aus dem Elternhaus, den Aufbau einer Partnerschaft, ökonomische Selbstständigkeit oder Schritte der Identitätsentwicklung. Für die Jugendphase zentral ist zudem der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Übergangswege haben sich in den letzten Jahrzehnten zeitlich ausgedehnt, individualisiert und de-standardisiert und wurden zunehmend komplexer und anspruchsvoller. Die vorliegende Studie fragt nach dem Beitrag »weicher« Faktoren für das Gelingen aber auch Misslingen von Übergängen in Ausbildung: Welche Personen sind für den Verlauf der Übergangsbio grafien junger Erwachsener bedeutsam? Sind Übergangsbio grafien eher Ergebnis aktiver Gestaltung durch die jungen Erwachsenen oder eher Ergebnis von Gelegenheiten und Zufällen? Welchen Einfluss haben kritische bio grafische Ereignisse? Und schließlich: Welche Hinweise geben die Ergebnisse auf Fördermöglichkeiten von Übergängen in der pädagogischen Praxis? Das Projekt wurde finanziert durch die »Aktion Mensch« und die Hans-Böckler-Stiftung.



Ursula Winklhofer u.a.

## Re-play – Raising awareness of the value of play

Results of the Re-play Survey in eight European Cities | München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 127 Seiten  
 ☞ Kostenlos erhältlich bei Andrea Martin (martin@dji.de)

An dem durch die Europäische Kommission geförderten Projekt »Re-play – Raising awareness of the value of play (Mehr Bewusstsein für die Bedeutung des Spiels)« waren insgesamt acht Partnerländer beteiligt. Ein wesentliches Ziel des Projekts bestand darin, Einblicke in die Bedürfnisse und Einstellungen von Kindern, Eltern, Lehrkräften, lokalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und Nichtregierungsorganisationen (NGO) zum Thema Spiel zu gewinnen. Dazu wurden drei miteinander verbundene quantitative Befragungen (Kinder, Eltern, Lehrkräfte) und eine qualitative Erhebung (kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, NGOs) durchgeführt. Themen der Befragung von Kindern und Jugendlichen waren die Art der Spielaktivitäten, die für das Spielen verfügbare Zeit und die zur Verfügung stehenden Spielorte, die Bedeutung von Spiel und Freizeit für die Kinder und Jugendlichen sowie die Einstellungen der Eltern zu ihren Spielaktivitäten. Die Broschüre bietet eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser internationalen Studie (englisch, Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse auf Deutsch).



Frank Greuel, Michaela Glaser (Hrsg.)

## Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund



Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft  
 Halle: Deutsches Jugendinstitut 2012 | 148 Seiten | ISBN 978-3-86379-088-2  
 ☞ Kostenlos erhältlich unter [www.dji.de/bibs/96\\_15504\\_Ethnozentrismus\\_Antisemitismus\\_%20bei\\_%20Jugendlichen\\_mit\\_Migrationshintergrund.pdf](http://www.dji.de/bibs/96_15504_Ethnozentrismus_Antisemitismus_%20bei_%20Jugendlichen_mit_Migrationshintergrund.pdf)

Ethnozentrismus und Antisemitismus sind nicht nur bei herkunftsdeutschen Jugendlichen verbreitet, sondern finden sich ebenfalls bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In diesem Sammelband wird zunächst ein Überblick über empirische Erkenntnisse zu den Phänomenen Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegeben, bevor auf ausgewählte Phänomene und Migrantengruppen in Einzelbeiträgen eingegangen wird. Abschließend werden die Ergebnisse einer Studie der Herausgeber präsentiert, in der pädagogische Projekte, die zu diesen Themen mit jungen Menschen arbeiten, zu ihren Vorgehensweisen sowie zu Erfahrungen in der Arbeit mit diesen Zielgruppen befragt wurden.

René Schultens, Michaela Glaser (Hrsg.)

## »Linke« Militanz im Jugendalter

Befunde zu einem umstrittenen Phänomen | Halle: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 144 Seiten | ISBN 978-3-86379-089-9  
 ☞ Kostenlos erhältlich unter [birke@dji.de](mailto:birke@dji.de) oder als Download-Version unter: [www.dji.de/afs\\_modul](http://www.dji.de/afs_modul)

Seit Beginn der 1990er-Jahre konzentrierte sich die öffentliche wie auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Jugendgewalt vor allem auf Erscheinungsformen des jugendlichen Rechtsextremismus, der seit den Pogromen von Rostock, Hoyerswerda und Mölln im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Seit einiger Zeit erregen aber auch Gewalthandlungen junger Menschen, die dem politischen linken Lager zugeordnet werden, wieder verstärkte gesellschaftliche Aufmerksamkeit: Gewalttätige Auseinandersetzungen bei Anti-Nazi-Demonstrationen oder im Zuge der Antiglobalisierungsproteste, aber auch das sogenannte »Abfackeln« von Luxuslimousinen in deutschen Großstädten sind Anlass für eine kontrovers geführte Debatte, wie solche Manifestationen jugendlicher Militanz zu bewerten sind und wie eine demokratische Gesellschaft darauf reagieren sollte. Doch wie stellt sich der Gegenstand dieser Kontroverse aus wissenschaftlicher Sicht und aus der Perspektive von Praktikerinnen und Praktikern dar, die mit diesen Phänomenen in ihrer beruflichen Praxis konfrontiert werden? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die jugendpolitische und jugendpädagogische Auseinandersetzung? Diesen Fragen ging ein DJI-Hearing mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis nach, dessen Ergebnisse in diesem Band dokumentiert werden. Ergänzt wird die Dokumentation durch eine kommentierte Literaturliste.



LESE-TIPPS

Johanna Possinger

## Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben

»Neuen Vätern« auf der Spur  
Wiesbaden: Springer VS 2013 | 316 Seiten | 49,99 EUR | ISBN: 978-3-658-00708-9

Väter wollen heute mehr sein als nur finanzielle Ernährer, sie haben den Wunsch, Verantwortung auch bei der direkten Fürsorgearbeit ihrer Kinder zu übernehmen. Ungeachtet dieses egalitären Anspruchs überwiegt in den meisten Familien in Deutschland eine überwiegend traditionelle Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Auf einer explorativen Spurensuche nach den »neuen Vätern« beleuchtet Johanna Possinger Gründe für diese Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit und widmet sich der in der Familienforschung noch unzureichend beantworteten Frage, wie sich Väter während, aber auch unabhängig von der Elternzeit an der Fürsorgearbeit für ihre Kinder beteiligen. Die Autorin setzt an der Perspektive der Väter selbst an und untersucht, wie diese ihre Verpflichtungsbalance zwischen Beruf und Sorgearbeit organisieren, auf welche Hindernisse sie dabei stoßen und welche Strategien sie zur Bewältigung ihres Vereinbarkeitsdilemmas entwickeln.



Bezug nur über den Buchhandel

Mariana Grgic, Ivo Züchner

## Medien, Kultur und Sport



Bezug nur über den Buchhandel

Was Kinder und Jugendliche machen und ihnen wichtig ist | Die MediKuS-Studie  
Weinheim/Basel: Beltz-Juventa 2013 | 279 Seiten | 24,95 EUR | ISBN 978-3-7799-2914-7

Der Band stellt die Ergebnisse der Studie »Medien, Kultur und Sport bei jungen Menschen« (MediKuS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) dar, einer bundesweiten Befragung von knapp 5.000 9- bis 24-Jährigen, die zu ihren medialen, musisch-künstlerischen und sportlichen Aktivitäten befragt wurden. Dabei wird der Stellenwert dieser Aktivitäten für Kinder und Jugendliche (Intensität, Motive, Zugänge, freiwilliges Engagement), die Relevanz verschiedener Orte, die Rolle der Familie und Peers, die soziale Vernetzung in Jugendszenen sowie die Funktion des Internets und sozialer Netzwerke im Aufwachsen deutlich.

## AUFSÄTZE

**Felix Berth, Thomas Rauschenbach**

➤ Welche Unterstützung Eltern erhalten – und welche sie benötigen / In: Hurrelmann, Klaus / Schultz, Tanjev (Hrsg.): Staatshilfe für Eltern. Brauchen wir das Betreuungsgeld? Weinheim/Basel 2013, S. 28–45

**Nora Gaupp**

➤ Entstehungsbedingungen von Übergängen von der Schule in den Beruf aus qualitativer wie quantitativer Perspektive / In: Forum Qualitative Sozialforschung, Heft 2/2013

**Nora Gaupp, Tilly Lex, Franciska Mahl**

➤ Berufsorientierung und Übergangswegen von Hauptschulabsolventinnen und absolventen. Ergebnisse aus Längsschnittuntersuchungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) / In: Brüggemann, Tim / Rahn, Sylvia (Hrsg.): Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Münster 2013, S. 134–144

**Nora Gaupp, Franciska Mahl**

➤ Regionalspezifische Verlaufsmuster von Bildungs- und Ausbildungswegen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern nach dem Ende der Pflichtschulzeit / In: DDS – Die Deutsche Schule, Heft 1/2013, S. 27–39

**Wolfgang Gaiser, Martina Gille, Johann de Rijke**

➤ Growing up in Germany in the Great Recession: Perceptions of social justice and disorientation / In: Journal of Contemporary European Studies, Heft 21/2013, S. 122–136

**Christine Gerber, Christian Alt**

➤ »Wie sind wir im Kinderschutz aufgestellt?« Ein Fragebogen für eine Mitarbeiter/innenbefragung als Selbstevaluationsinstrument für Jugendämter im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Kinderschutz / In: Jugendamt, Heft 2/2013, S. 58–63

**Martina Gille, Johann de Rijke, Wolfgang Gaiser**

➤ Armut in der Jugendphase. Konsequenzen für Lebensorientierungen und soziale Integration / In: Ploetz, Yvonne (Hrsg.): Jugendarmut. Beiträge zur Lage in Deutschland. Opladen/Berlin/Toronto 2013, S. 157–175

**Michaela Glaser**

➤ »Ansetzen an den Problemen, die die Jugendlichen haben...«. Zur Rolle von Problembelastungen rechtsaffiner und rechtsorientierter Jugendlicher in der Distanzierungsarbeit / In: Becker, Reiner / Palloks, Kerstin (Hrsg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Praxisansätzen der Rechtsextrémismusprävention. Schwalbach/Ts. 2013, S. 255–266

**Mariana Grgic, Michael Holzmayer, Ivo Züchner**

➤ Medien, Kultur und Sport im Aufwachsen junger Menschen: Das Projekt MediKuS / In: Diskurs, Heft 1/2013, S. 105–111

**Martina Heitkötter, Sabine Walper**

➤ Architekten der Familie / In: Deutsche Hebammenzeitschrift, Heft 3/2013, S. 62–65

Yvonne Kaiser, Matthias Spenn, Michael Freitag, Thomas Rauschenbach, Mike Corsa (Hrsg.)

## Handbuch Jugend. Evangelische Perspektiven

Oppladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich 2013 | 530 Seiten | 39,90 EUR | ISBN 978-3-8474-0074-5

Das Handbuch informiert über die Arbeit mit Jugendlichen in den evangelischen Kirchen und der evangelischen Jugendverbandsarbeit und stellt die Bandbreite und Vielfalt der Handlungsfelder und Arbeitsformen umfassend dar. Es zeigt die gesellschaftlichen und kirchlichen Bedingungen sowie die konzeptionellen Zusammenhänge auf und beschreibt aktuelle Entwicklungsperspektiven. Die Themen Jugend, Jugendliche und Arbeit mit Jugendlichen werden in fachwissenschaftlicher, gesellschaftlicher und kirchlicher Perspektive reflektiert. Ihre Bedeutung für Gesellschaft und Kirchen, die Auswirkungen gesellschaftlicher und kirchlicher Entwicklungen für Jugendliche und für die Arbeit mit Jugendlichen werden herausgearbeitet, die Vielfalt der Praxis evangelischer Arbeit mit Jugendlichen vorgestellt und Anregungen und Orientierungen für die Praxis gegeben.



Bezug nur  
über den  
Buchhandel

Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache (Hrsg.) unter Mitarbeit von Michaela Hopf

## Qualitätsmerkmale für Sprachstandsverfahren im Elementarbereich

Ein Bewertungsrahmen für fundierte Sprachdiagnostik in der Kita | Köln 2013 | 42 Seiten | ☞ Kostenlos erhältlich unter [www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/fileadmin/user\\_upload/Institut\\_Sprachfoerderung/Mercator-Institut\\_Qualitaetsmerkmale\\_Sprachdiagnostik\\_Kita\\_Web.pdf](http://www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/fileadmin/user_upload/Institut_Sprachfoerderung/Mercator-Institut_Qualitaetsmerkmale_Sprachdiagnostik_Kita_Web.pdf)



Eine bedarfsgerechte Sprachförderung muss möglichst früh ansetzen, um allen Kindern optimale Startchancen in ihre Schullaufbahn zu ermöglichen. Dass das insbesondere die Sprachdiagnostik im Elementarbereich betrifft, hat die Bildungspolitik bereits erkannt: Zwischen 2002 und 2008 haben 14 Bundesländer Verfahren eingeführt, um den sprachlichen Entwicklungsstand der vier- bis fünfjährigen Kinder festzustellen und angemessene Sprachfördermaßnahmen noch vor dem Schuleintritt einzuleiten. Die angewendeten Testverfahren variieren jedoch stark, einheitliche Qualitätsmerkmale gibt es bislang nicht. Bund und Länder haben mehrfach angekündigt, einheitliche Standards für Sprachstandstests entwickeln zu wollen, zuletzt im Nationalen Aktionsplan Integration. Das »Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache« unterstützt dieses Ziel. Eine eigens dafür initiierte Expertenkommission hat jetzt erstmals Qualitätsmerkmale für Sprachstandsverfahren im Elementarbereich entwickelt. Dieser Bewertungsrahmen definiert aus psychologischer, pädagogischer, sprachtherapeutischer und linguistischer Perspektive, welche Kriterien für Sprachstandsverfahren gelten sollten, um den Sprachstand jedes Kindes sowohl vergleichbar als auch wissenschaftlich fundiert zu ermitteln.

### Susanne Johansson

➤ Was ist (nicht) messbar? Zu den Wirkungen von Programmen zur Rechtsextemismusprävention / In: Journal für politische Bildung, Heft 2/2013, S. 28–36

### Karin Jurczyk

➤ Flexible work: Implications of the social meaning of children  
In: Ellingsaeter, Anne Lise / Jensen, Margritt / Lie, Merete (Hrsg.): The social meaning of children and fertility change in Europe. London/New York 2013, S. 48–67

➤ Plädoyer für den Eigensinn im Privaten  
In: Blickpunkt Jugendhilfe, Heft 1/2013, S. 14–16

### Metka Kuhar, Herwig Reiter

➤ Towards a concept of parental authority in adolescence / In: Center for Educational Policy Studies (CEPS) Journal, Heft 2/2013, S. 135–155

### Tilly Lex, Julia Zimmermann

➤ Unsicherheit und Komplexität nehmen laufend zu / In: Jugendpolitik. Fachzeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, Heft 1/2013, S. 20–25

### Tilly Lex, Boris Geier

➤ Übergänge in die berufliche Ausbildung bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen: Neuere Entwicklungen und Herausforderungen / In: DRK (Hrsg.): Reader Schulsozialarbeit – Band 1. Aktuelle Beiträge und Reflexionen eines vielschichtigen Theorie- und Praxisfeldes. Berlin 2013, S. 132–137

### Johanna Possinger

➤ Ich würde mich gerne zerreißen – Väter im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben  
In: Kinder- und Jugendarzt, Heft 2/2013, S. 54–57

### Thomas Rauschenbach

➤ Zwischen Mangel und Modernisierung / In: Jantowski, Andreas (Hrsg.): Thillm. 2013 – Gemeinsam leben. Miteinander lernen. Bad Berka 2013, S. 44–49

➤ Neue Bildungsallianzen. Eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit. / In: Jugend inside, Heft 1/2013, S. 3–5

### Thomas Rauschenbach, Matthias Schilling

➤ Das U3-Projekt – zum Platz- und Personalbedarf / In: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ; Hrsg.): Chancen und Herausforderungen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige. Berlin 2013, S. 27–39

➤ Ökonomische, rechtliche und fachpolitische Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung / In: Fried, Lilian / Roux, Susanna (Hrsg.): Handbuch Pädagogik der frühen Kindheit. 3. Auflage. Berlin 2013, S. 44–55

### Thomas Rauschenbach, Jens Pothmann

➤ Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit im demografischen Wandel – ein Ausblick / In: In: ZB – Beiträge zur Jugendarbeit in Südtirol und Tirol, Heft 1/2013, S. 6–7

LESE-TIPPS

**Karin Jurczyk, Sabine Walper (Hrsg.)**

## Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern

Wiesbaden: Springer VS 2013 | 385 Seiten | 34,99 EUR | ISBN 978-3-658-00349-4

Wie passen rechtliche Regelungen, individuelles Verhalten sowie gesellschaftliches Verständnis von »elterlicher Sorge« zusammen? Vor dem Hintergrund der aktuellen juristischen Debatte um das gemeinsame Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern dokumentiert dieses Buch neueste wissenschaftliche Befunde. Vorgestellt werden unter anderem Auswertungen der amtlichen Statistik, insbesondere Ergebnisse eigener quantitativer und qualitativer Befragungen von Eltern, die zum Zeitpunkt der Geburt eines gemeinsamen Kindes nicht miteinander verheiratet waren, sowie von einschlägigen Fachkräften aus Standes- und Jugendämtern. Diese Ergebnisse werden im Kontext juristischer Analysen diskutiert, die einen internationalen Vergleich und die rechtshistorische Entwicklung umfassen.



**Melihan Cinar, Katrin Otremba, Monika Stürzer, Kirsten Bruhns**

## Kinder-Migrationsreport

Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund

München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 400 Seiten | ISBN 978-3-86379-101-8

☞ Kostenlos erhältlich unter [www.dji.de/bibs/Kinder-Migrationsreport.pdf](http://www.dji.de/bibs/Kinder-Migrationsreport.pdf) oder als Druckfassung über [fsphalle@dji.de](mailto:fsphalle@dji.de)

Der Kinder-Migrationsreport vermittelt Erkenntnisse zur familiären Situation und Sozialisation von Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland, zu deren frühkindlicher Bildung und Betreuung, zu ihrem Schulbesuch und Schulalltag sowie zu ihrer Freizeitgestaltung. Differenzierungen, unter anderem nach Migrationsstatus, Alter und Geschlecht, eröffnen teilweise neue Perspektiven auf die Gruppe »der« Kinder mit Migrationshintergrund. Soweit solche Unterscheidungen möglich sind, schärfen sie darüber hinaus den Blick auf Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Lebenslagen und Lebenssituationen von Kindern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Grundlage der Ergebnisse

des Kinder-Migrationsreports sind statistische Daten sowie Resultate repräsentativer Erhebungen. Vorliegende Befunde wurden ergänzt durch eigene kindbezogene Auswertungen von Daten des Mikrozensus und des DJI-Surveys »Aufwachsen in Deutschland« (AID:A). Mit einem Überblick über die im Report aufgegriffenen Studien, mit der Bewertung der Datenlage und der Benennung des Forschungsbedarfs erlaubt der Kinder-Migrationsreport einen Einblick in die Bedeutung, aber auch in Mängel und Lücken der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland zum Thema Kinder mit Migrationshintergrund.

**Birgit Reißig**

➤ Übergänge im Jugendalter sind immer stärker differenziert  
In: Jugendpolitik, 2012/2013, S. 6–10

**Birgit Reißig, Franciska Mahl**

➤ Berufsorientierung im regionalen Übergangsmangement: Anforderungen, Handlungsaufgaben und Entwicklungsperspektiven / In: Brüggemann, Tim / Rahn, Sylvia (Hrsg.): Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Münster 2013, S. 348–356

**Birgit Reißig, Frank Tillmann**

➤ DropOut und prekäre Übergänge – Exklusions- und Ausgrenzungsrisiken im Jugend- und jungen Erwachsenenalter / In: Forum Erziehungshilfen. Heft 1/2013, S. 22–25

**Birgit Reißig, Frank Braun**

➤ Die Förderinitiative des Bundes »Regionales Übergangsmangement«: Entwicklungen und Handlungsempfehlungen aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung / In: Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): Lokale Bildungsverantwortung. Kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Stuttgart 2013, S. 138–147

**Alexandra Sann**

➤ Praxisportrait: Spielend lernen mit Opstapje  
In: Stange, Waldemar / Krüger, Rolf / Henschel, Angelika / Schmitt, Christof

(Hrsg.): Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Praxisbuch zur Elternarbeit. Wiesbaden 2013, S. 115–122

➤ Was Familien am Start brauchen. Zur Notwendigkeit »Früher Hilfen«  
In: Wir schaffen das! Familie weiter denken. Ein Handbuch für Ehrenamtliche. Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. Freiburg 2013, S. 11–14

**Michaela Schier**

➤ Multilokale Wohnarrangements von Müttern, Vätern und ihren Kindern nach Trennung und Scheidung / In: Schwedes, Oliver (Hrsg.): Räumliche Mobilität in der zweiten Moderne. Freiheit und Zwang bei Standortwahl und Verkehrsverhalten. Berlin 2013, S. 189–212

**Claus Tully**

➤ Konsum im Jugendalltag zwischen Moden und Nachhaltigkeit / In: Spieß, Erika (Hrsg.): Konsumentenpsychologie. München, S. 137–149

➤ Mobiles Telefon – Das Gadget der Ablösung und Kontaktpflege / In: Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 4. völlig erweiterte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2013, S. 197–200

**Claus Tully, Claudio Alfaraz**

➤ La configuración de relaciones espaciales y la tecnología en la vida cotidiana de los jóvenes / In: Rodríguez, German Gil / López Blasco, Andreu / Muñoz, Luis B. (Hrsg.): Jóvenes y ciudad. Espacios de la relación y protesta. Valencia 2012, S. 217–234

## KomDat 1/2013

☞ Kostenlos erhältlich unter [www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat](http://www.akjstat.tu-dortmund.de/komdat)

Die Auswertungen im aktuellen KomDat-Heft belegen den Trend zur Ausweitung der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachen von Kindern und Jugendlichen, den auch der 14. Kinder- und Jugendbericht feststellte. In den letzten zehn Jahren haben sich die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe um 50 Prozent auf über 30 Milliarden Euro erhöht – vor allem wegen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung. Das Heft informiert außerdem über die Integration von Kindern mit Behinderung sowie über Entwicklungen im Kinderschutz.



**Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg), Reinhart Wolff, Uwe Flick, Timo Ackermann, Kay Biesel, Felix Brandhorst, Stefan Heinitz, Mareike Patschke, Gundula Röhnisch**

## Aus Fehlern lernen – Qualitätsmanagement im Kinderschutz

Konzepte, Bedingungen, Ergebnisse | Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich 2013  
297 Seiten | 36 EUR | ISBN 978-3-8474-0105-6



Im Zuge der breiten Erörterung tödlicher Kindesmisshandlungsfälle ist Risiko- und Fehlerforschung im Kinderschutz zu einer wichtigen Aufgabe geworden. Dieser Band stellt die Ergebnisse des ersten umfassenden Fehlerforschungs- und Qualitätsentwicklungsprojekts im kommunalen Kinderschutz in Deutschland vor. Die Autorinnen und Autoren zeigen, welche Bedingungen zu professionellen Fehlschlägen im Kinderschutz führen können und wie man im Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren aus diesen Fehlern lernen kann.

**Claus Tully, Benjamin Fillisch**

➤ Shoppen. Konsumverhalten im Jugendalltag  
In: Das Baugerüst, Heft 1/2013, S. 18–21

**Claus Tully, Tina Gadow**

➤ Veränderungen des Alltags junger Erwachsener und deren Gesundheitsverhalten  
In: Impulse für Gesundheitsförderung, Heft 78/2013, S. 3–4

**Eric van Santen, Gerald Prein**

➤ Effekte der Angebotsdichte sozialstaatlicher Leistungen und Angebote auf die soziale Selektivität der Inanspruchnahme. Empirische Hinweise an den Beispielen Kinderbetreuung und Jugendzentren  
In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 1/2013, S. 85–110

**Nina Weimann-Sandig, Christopher Oslander**

➤ Qualifizierung von Arbeitslosen aus dem SGB II: Begrenzt Potenzial für Erziehungsberufe  
In: IAB-Kurzbericht, Heft 8/2013. Nürnberg 2013

**Heike Wirth, Angelika Tölke**

➤ Egalitär arbeiten – familienzentriert leben: Kein Widerspruch für ostdeutsche Eltern  
In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Heft 49/2013, S. 7–11

**Ivo Züchner, Thomas Rauschenbach**

➤ Bildungsungleichheit und Ganztagschule – empirische Vergewisserungen  
In: Braches-Chyrek, Rita / Nelles, Dieter / Oelerich, Gertrud (Hrsg.): Bildung, Gesellschaftstheorie und Soziale Arbeit. Opladen/Berlin/Toronto 2013, S. 175–192

Das **DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V.** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie unter anderem von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat zurzeit folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«, ferner eine Außenstelle in Halle (Saale).

## IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsches Jugendinstitut e. V.  
Nockherstraße 2, 81541 München  
Presserechtlich verantwortlich:  
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:

Benjamin Klaußner, Birgit Taffertshofer  
Telefon: 089 6 23 06-140, Fax: -265,  
E-Mail: [klaussner@dji.de](mailto:klaussner@dji.de)  
Roland Popp  
Telefon: 089 6 23 06-192, Fax -265  
E-Mail: [rpoppp@dji.de](mailto:rpoppp@dji.de)  
Vertrieb und Redaktionsassistentz:  
Stephanie Vontz  
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265,  
E-Mail: [vontz@dji.de](mailto:vontz@dji.de)

Gestaltung: FunkE Design

Sandra Ostertag, Julia Kessler, [www.funk-e.de](http://www.funk-e.de)

Druck und Versand:

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg  
Fotonachweis: Titelseite: iStockphoto, fotolia; S. 18: Imago; S. 2, 4, 21, 25, 33: iStockphoto; S. 2, 4, 14, 16, 23: fotolia; S. 3: B. Huber; S. 7, 8, 11: dpa Picture Alliance GmbH; S. 6: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde; S. 36: BMFSFJ/C. Junghanns

## ISSN 2192-9335

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

Die Hefte können kostenlos unter [www.dji.de/impulsebestellung.htm](http://www.dji.de/impulsebestellung.htm) abonniert oder bei Stephanie Vontz unter [vontz@dji.de](mailto:vontz@dji.de) schriftlich angefordert werden. Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download (pdf) unter  
[www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)



# Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle  
zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis

Unser  
Buchtip



**Felix Berth, Angelika Diller, Carola Nürnberg,  
Thomas Rauschenbach (Hrsg.)**

## Gleich und doch nicht gleich

Der Deutsche Qualifikationsrahmen und seine Folgen  
für die frühpädagogischen Ausbildungen

DJI-Fachforum Bildung und Erziehung. Band 10  
München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2013  
240 Seiten / EUR 12,80 / ISBN 978-3-87966-439-9  
Bezug nur über den Buchhandel

Der neu entstandene Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) stuft Bachelor-Ausbildungen an Hochschulen als gleichwertig mit Fachschulausbildungen ein. Im frühpädagogischen Arbeitsfeld stehen damit Qualifikationen von Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen auf dem gleichen DQR-Niveau wie Qualifikationen von Erzieherinnen und Erziehern. Der DQR löst die in Deutschland bislang übliche Abgrenzung von beruflichen und akademischen Ausbildungen partiell auf. Wie ändert sich nun das Verhältnis von Berufsbildung und Studium – und welche Auswirkungen hat dies für die entsprechenden Erwerbsbiografien? Das Buch analysiert diese Probleme für das Feld der Frühpädagogik und stellt einen Gesamtzusammenhang zur Entwicklung der personenbezogenen Dienstleistungen her. Es analysiert, welche Hoffnungen und Befürchtungen mit der Entwicklung des DQR verbunden sind und zeichnet die entstandene Kontroverse nach. Sind derartige Konflikte auch in anderen Berufsfeldern zu erwarten?